

Prekarisierung und Subjektivität

Ulrich Brinkmann/Klaus Dörre/Silke Röbenack gemeinsam mit Klaus Krämer und Frederic Speidel, Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, hgg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006, 102 S., kostenlos

Nach dem das Forscherteam um Klaus Dörre einzelne Ergebnisse ihrer Untersuchungen zu Prekarisierung bereits in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht und somit Interesse geweckt hatte, ist nun die erste umfangreiche Publikation erschienen, die von der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wurde und erfreulicherweise kostenfrei heruntergeladen oder bestellt werden kann.

Die – bereits bekannte – zentrale These dieser Studie ist, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu Unsicherheitsgefühlen nicht nur bei den direkt Betroffenen führen, sondern auch auf die ArbeitnehmerInnen in gesicherten Arbeitsverhältnissen ausstrahlen. Das daraus entstehende „(Des-)Integrationsparadox gespaltener Arbeitsgesellschaften“¹ bewirke nicht nur eine „Destabilisierung des Stablen“ (Castel), sondern ebenso eine „Stabilisierung des Instablen“ (61), denn bei den prekär Beschäftigten erfolge „die Einbindung nicht mehr über primäre (reproduktive und qualitative) son-

dern über tradierte oder neu erzeugte sekundäre Integrationspotenziale“, die aufgrund der „disziplinierenden Wirkung von Arbeitsmarktrisiken“ wirksam werden (59f.). Somit sind die „Prekarier“ keine modernen, vollständig entwurzelten „Pauper“, sondern befinden sich in einer „Schwebelage“, getrieben, einerseits von der Hoffnung, doch noch eine gesicherte Beschäftigung zu ergattern, andererseits von den permanenten Anstrengungen, den dauerhaften sozialen Abstieg zu verhindern (61).

Möglich wird dieser neue Kontrollmechanismus eines „finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes“ (Aglietta) durch die Herausbildung einer „Zone der Verwundbarkeit“ (prekäre Beschäftigte), die zwischen einer „Zone der Integration“ (gesicherte Beschäftigte) und einer „Zone der Entkoppelung“ (von Lohnarbeit Ausgegrenzte) expandiere. Diese Castelschen Zonen², die „in den Köpfen von Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen tatsächlich präsent sind“ und als „flexibel handhabbare (Selbst-)Klassifikationen“ wirken (55), beschreiben die neue Spaltung moderner Arbeitsgesellschaften, in der die Ausweitung prekärer Beschäftigung und die damit einhergehende Verallgemeinerung sozialer Unsicherheit prägende Merkmale eines „nachfordistischen Produktionsmodells“ seien (vgl. 6; 11-14). Die Folgewirkung dieses neuen Integrationsmodus ist insgesamt eine Defensiv qualitative Arbeitspolitik (63f.).

Neben einer fruchtbaren Definition

¹ Vgl. auch Klaus Dörre/Tatjana Fuchs, Prekarität und soziale (Des-)Integration, in: Z 63, September 2005, S. 20-35.

² Vgl. Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz (2000).

der Begriffe prekäre Beschäftigung, „Zone der Prekarität“ und Prekarisierung (als sozialer Prozess) (8-18), umfangreichen empirischen Material zur Bestimmung des Ausmaßes und der Verbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse (19-41) und einem Exkurs über Prekarität und Migration (42-54), befasst sich die Studie schwerpunktmäßig mit der subjektiven Verarbeitung der Prekarisierung (55-84), denn es können – wie die Autoren hervorheben – „die sozialen Folgen prekärer Beschäftigung angemessen nur beurteilt werden, wenn die subjektiven Bearbeitungsformen von Prekarität in die Analyse einbezogen werden“ (41).

Wichtigstes Ergebnis bei der Auswertung von Interviews, Gruppenbefragungen und Expertengesprächen ist eine ungleiche Verteilung der Chancen auf eine längerfristige Lebensplanung, die von den Prekären beklagt wird (58). Der Verlust einer kohärenten Lebensplanung wirkt sich vor allem in der „Zone der Entkoppelung“ aus, wo „von einem über den Tag hinausreichenden Lebensplan im Grunde keine Rede mehr“ sein kann und sich eine „Desorganisation des Raum- und Zeitempfindens einstellt“ (59). Dies ist allerdings keine neue Erkenntnis, sondern eigentlich schon seit der berühmten „Marienthalstudie“³ aus den 1930er Jahren bekannt. Interessant hingegen ist die Tatsache, dass der Verlust der Zukunftsperspektive nun mehr bereits in der

„Zone der Prekarität“ beginnt und selbst „Integrierte“ befürchten müssen, „dass die für eine realistische Zukunftsplanung notwendige Kalkulationsgrundlage abhanden kommen könnte“ (58).

Ein Großteil der Untersuchung widmet sich dem Nachweis von Übergängen zu rechtspopulistischen Orientierungen, die eine mögliche Form der politischen Verarbeitung der Prekarisierungserfahrungen darstellen, allerdings nicht „mit einer bestimmten sozialen Positionierung in der Arbeitsgesellschaft korrespondier[en]“, sondern Zonen übergreifend wirken (74). Die Verallgemeinerung der Unsicherheit bildet das Potenzial für diese „subjektiven Brücken“ zum Rechtspopulismus.

Somit kann die Studie als gelungener Beitrag über den Zusammenhang von rechtspopulistischen Orientierungen und Umbrüchen in der Arbeitswelt gelesen werden, der dem Mainstream der Forschung angenehm entgegenwirkt. Ein neuer „reaktiver Nationalismus“ wirke als „ausgrenzendes Integrationskonzept“ (82ff.). „Am Arbeitsmarkt konkurrieren Individuen, sie führen ihre Konkurrenzkämpfe jedoch mittels – realer wie imaginärer – Gruppenbildung.“ (76) Dieser „reaktive Nationalismus“ hat nichts mit der faschistischen „Blut- und Boden-Ideologie“ zu tun, sondern konserviert „zentrale Elemente überkommener Sozialpartnerschaftsideologie“ (77).

Abgerundet wird die – insgesamt erhellende – Arbeit durch Überlegungen zu einer „Politik der Entprekariisierung“ (85-94), die der Diskussion über das „Prekarisierungsproblem“

³ Vgl. Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziografischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, Frankfurt/Main 1975.

in den Gewerkschaften positive Impulse geben könnten.

Thomas Lühr

Ökonomische Zwänge und Kräfteverhältnisse

Dieter Klein, Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des an-schwellender Reichtums, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl Dietz Verlag, Berlin 2006, 246 Seiten, EUR 14,90

Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Dieter Klein liefert weit mehr als 'nur' eine kritische Auseinandersetzung mit den neoliberalen Spar-Mythen, die heutzutage im Munde nahezu aller Politiker sind. Allerdings tut er auch dies, noch dazu so materialreich und so gut lesbar, dass das Buch vergleichbaren jüngeren Arbeiten klar überlegen ist.

Im ersten Kapitel stellt er ausführlich dar, dass der Reichtum in allen seinen materiellen Formen gegenwärtig weiter zunimmt, dass also die gängige Behauptung, es ginge heute nicht mehr um die Verteilung von Zuwächsen, sondern nur noch um eine mehr oder weniger sozial gerechte Strategie des Verzichts, jeglicher Grundlage entbehrt. Tatsächlich nimmt der materielle Reichtum von Jahr zu Jahr zu, sowohl global als auch in Europa. Interessant ist dabei der historische Rückblick auf die Wachstumsraten des Weltsozialprodukts (pro Kopf): Tatsächlich liegt das jährliche Wachstumstempo auch seit der Weltwirtschaftskrise von 1973/75 noch auf einem historisch sehr hohen Niveau, welches lediglich in den beiden Nachkriegsjahrzehnten

übertroffen wurde (29). Hätte Klein das Jahrzehnt nach 1998 einbezogen, so müsste das Ergebnis nochmals modifiziert werden: Gegenwärtig liegt der Wachstumstrend des Pro-Kopf-Sozialprodukts global bei rund drei Prozent jährlich und damit nicht niedriger als in der Nachkriegsperiode.

Im zweiten Kapitel stellt Klein die soziale Polarisierung des Reichtums dar, wobei er sich wiederum auf reiches Quellenmaterial stützt. Es ist diese Polarisierung, welche die sozialen Verhältnisse heute in besonderem Maße prägt: „Reichtum ist Inklusion der einen und Exklusion der anderen zugleich.“ (77) Hier wird ein Thema angesprochen, das in der Argumentation des Buches eine zentrale Rolle spielt: Größerer materieller Reichtum kann gleichzeitig geringere Wahlmöglichkeiten (und damit Wohlstand) für die Produzenten dieses Reichtums bedeuten. Es ist weitgehender Konsens, dass materieller Reichtum und Wohlstand nicht identisch sind. Bezugnehmend u.a. auf Amartya Sen kann Wohlstand als Umfang der menschlichen Wahlmöglichkeiten und Freiheitsspielräume definiert werden. So fragt Klein eingangs: „Was brauchen Menschen, um über ihr Leben selbst entscheiden zu können?“ (12) So verstanden darf man bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Reichtum und Wohlstand also nicht bei der Verteilung des materiellen Reichtums stehen bleiben. Klein leitet daher das dritte Kapitel mit der Feststellung ein: „Der kritische Reichtumsdiskurs, der in hohem Maße auf die soziale Polarisierung von Einkommen und Vermögen konzentriert ist, hat ein Defizit, das die notwendige Schärfe der Kritik empfindlich

mindert. Oft bleiben die Zerstörung von Reichtum und die wohlfahrtsmindernden Disproportionen seiner Entwicklung unterbelichtet.“ (91). Hierauf geht Klein im dritten und vierten Kapitel detailliert ein, indem er die verschwenderischen Formen des materiellen Reichtums, also jene Teile, die den Wohlstand nicht erhöhen, einerseits und die Untergrabung der Quellen des Reichtums andererseits untersucht. Kriegsproduktion, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit sind der Statistik nach Momente des Reichtums bzw. der Reichtumsproduktion, welche wohlstandsmindernd wirken und/oder die Existenzbedingungen zukünftiger Generationen gefährden.

Eine wichtige Instanz, die einen engen Zusammenhang zwischen Reichtumsgewinnen und Wohlstandsverlusten herstellt, sind die internationalen Finanzmärkte, denen sich Klein im fünften Kapitel widmet. Die Finanzmärkte tragen zur Polarisierung der Verteilungsverhältnisse bei und verstärken die verschwenderischen und destruktiven Momente der Reichtumsproduktion. Es sei hier hinzugefügt, dass die wachsende Rolle der Finanzmärkte nicht nur die Polarisierung der Verteilungsverhältnisse fördert, sondern diese zugleich scheinbar aus der Sphäre der sozialen Auseinandersetzungen heraushebt; die Kapitalverhältnisse verselbständigen sich anscheinend gegenüber der Produktionssphäre, welche doch das klassische Feld von sozialen und gewerkschaftlichen Verteilungskämpfen ist.

Nach einem Exkurs, in dem er sich mit den Folgen der steigenden Kapitalintensität auseinandersetzt (sechstes Kapitel), kommt Klein im siebten

Kapitel zu einer zusammenfassenden Beurteilung: Versteht man Reichtum als Humanreichtum, so ist derzeit nicht ausgemacht, ob wir in einer Periode wachsenden Reichtums leben. So gesehen ist der Widerspruch zwischen dem vorhandenen und wachsenden materiellen Reichtum als Entwicklungspotenzial einerseits und seiner Nutzung als Herrschaftsmittel durch das Kapital, d.h. zur Beschneidung von humanen Möglichkeiten und Freiheitsspielräumen für die Mehrheit der Menschen, das Hauptmerkmal der Gegenwart. Dies ist der Kern der Wirkungsmächtigkeit neoliberalen Mythen: Der gewaltige Zuwachs des materiellen Reichtums, einschließlich der erweiterten Möglichkeiten, welche die neuen Kommunikations- und Wissenstechnologien bieten, wird unter kapitalistischen Bedingungen von der Mehrheit der Menschen nur als wachsender Zwang, als Beschränkung von Alternativen und Wahlmöglichkeiten wahrgenommen. Es ist der Charakter des Reichtums als kapitalistisches, „ökonomisches“ Zwangsgesetz der sich in der neoliberalen Sparideologie auf populäre Weise ausdrückt. Wie Klein eingangs darstellt ist die Mehrheit der deutschen Bevölkerung keineswegs der Ansicht, dass die materiellen Verteilungsspielräume geringer werden; die neoliberalen Sparthesen sind keineswegs verinnerlicht: „Der weitaus größte Teil der Befragten – 64,7 Prozent der Westdeutschen und 76,4 Prozent der Ostdeutschen – ist ganz oder überwiegend der Auffassung, dass Reichtum sich vorwiegend in Gestalt des Profits bei Unternehmen und Vermögenden konzentriert“ (18). Indem Klein sich

auf eine der zahlreichen Meinungs-umfragen bezieht kommt er aber m.E. hier zu Schlussfolgerungen, die zu kurz greifen: „Die verbreiteten Mythen sind wirkungsmächtig, aber sie ruhen auf wackligen Fundamenten.“ (19) Genau das aber wäre zu erklären: Das Problem ist m.E. nicht die Wackligkeit der Fundamente, d.h. die (für deutliche Bevölkerungsmehrheiten) doch offensichtliche Verlogenheit der Sparideologie. Es gilt vielmehr die Frage zu beantworten, warum sich die verbreiteten (richtigen) Ansichten über den Verbleib des Reichtums nicht in soziale und politische Handlungen umsetzen. Dies ist schließlich auch für Klein der „archimedische Punkt“ (229), um die notwendige alternative Entwicklungsstrategie, eine „neue Regulatorische“ (135) durchzusetzen.

Hier aber beißt sich die Katze in den Schwanz: Denn ganz offensichtlich reicht Aufklärung über die skandalösen Aspekte der materiellen Reichtumsproduktion in der gegenwärtigen Kapitalform (Umverteilung nach oben, Vergeudung, Ressourcenvernichtung), wie sie Klein in seinem Buch in hervorragender Weise leistet, nicht aus. Klein zeigt ja eingangs selbst, dass die neoliberalen Mythen über die Ursachen angeblich schwindender sozialer und ökonomischer Handlungsspielräume keineswegs die Mehrheiten ergriffen haben, dass es „kritische(n) Vorstellungen großer Teile der Bevölkerung über die tatsächlichen Ursachen für die allgegenwärtigen Finanzdefizite“ gibt (19). Warum dann setzt sich diese Einsicht in die Brüchigkeit neoliberaler Argumente nicht in mehr Widerstandsaktionen und soziale Kämpfe um? Hier sollten

die mit der wachsenden Reichtumsproduktion eng verbundenen „ökonomischen Zwänge“ (229) und deren Charakter m. E. doch etwas gründlicher analysiert werden. Zwar ist richtig, wenn Klein unter Bezug auf Marx auf den Zusammenhang zwischen ökonomischen Zwängen und Kräfteverhältnissen verweist. Aber führt es wirklich weiter festzustellen: „Wie weit ökonomische Zwänge zur Geltung kommen, ist danach eine Sache des Handelns der Beteiligten und der Machtverhältnisse zwischen ihnen.“ (229) Denn umgekehrt ist auch wahr, dass die ökonomischen Zwänge die Handlungsspielräume und damit die Kräfteverhältnisse bestimmen. Um der Sache näher zu kommen, scheint es also auch notwendig zu sein, sich den Charakter der ökonomischen Zwänge, seiner Grundlagen und seiner Wirkungsweise unter den heutigen Bedingungen näher anzusehen – das wäre die Aufgabe einer modernen Kapitalismusanalyse.

Jörg Goldberg

Wirtschaftspolitik einfach gemacht?

Heiner Flassbeck, 50 einfache Dinge, die Sie über unsere Wirtschaft wissen sollten, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2006, 171 S., 17,90 Euro

50 kleine Essays, denen eins gemeinsam ist: die stringente makroökonomische Argumentation. Ob Flassbeck über Wirtschaftspolitik, Globalisierung und Weltwirtschaft, die Europäische Union, den Binnen- und Arbeitsmarkt, Rente und Gesundheit

oder Steuer- und Finanzpolitik schreibt, zwei Dinge finden wir in allen Texten: die unerbittliche, manchmal verbal überzogene Kritik – so wirft er der Gegenseite u.a. „unwissenschaftliche Selbstbeweihräucherung“ (48) vor und stellt fest, die deutschen Volkswirte hätten sich „fast vollständig der Sekte der Glasperlenspieler angeschlossen“ (50) – an der neoliberalen Politik der jetzigen und der Vorgängerregierung auf der einen Seite und die vehemente Verteidigung einer „Gesellschaft der Mitbestimmenden und am Erfolg Partizipierenden“ (169) auf der anderen Seite. In dieser so formulierten Antinomie wird Flassbeck aber auch am angreifbarsten. Man wird zudem den Eindruck nicht los, dass er es ernst meint mit seinem Gesellschaftsbild: Er wünscht sich „eine offene, marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft“ (115), deren verantwortliche Politiker sich lediglich darauf konzentrieren, „einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen für Investoren zu schaffen“ (116), der dann zu „genügend Arbeitsplätzen im Ganzen führt“ (116).

Mitunter ist seine Originalität etwas krampfhaft bemüht und wird kontraproduktiv; so z.B. wenn er die vollständige Abschaffung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und deren Aufschlagen auf den Lohn fordert und so hofft, „ein für alle Mal die unsägliche Diskussion um die Lohnnebenkosten“ (120) zu beenden. An anderer Stelle formuliert er auch keine prinzipiellen Einwände gegen Bildungsgutscheine, sowenig wie er im Gesundheitssystem etwas gegen eine „gewisse Selbstbeteiligung der Kunden, der Patienten also“ (167)

hat. Auch in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung hat der Autor nichts gegen eine Versicherung entsprechend der „persönlichen Risikoeinschätzung“ (167); ihm kommt es hier lediglich darauf an, „dass echte Reformen im Sinne einer langfristigen Verbesserung der Effizienz des Systems nicht automatisch kurzfristige Sparerfolge mit sich bringen“ (168) sollen. Seine ansonsten sehr verbalradikale Abgrenzung von neoliberalen Positionen wird hier mehr als windelweich.

Deutschland – so beginnt Flassbeck seine „exzellente und zugleich spannend zu lesende Analyse der aktuellen Wirtschaftspolitik“ (Bofinger) – sei befallen von einer „Geisteskrankheit, die dazu führt, dass fast alle Menschen glauben, sie wüssten geradezu alles über die Wirtschaft“ (9). Demnach sei Allgemeingut: „Die Steuern sind natürlich zu kompliziert und zu hoch, die Sozialleistungen sind zu üppig, die Gesundheit ist zu teuer, die Rente ist nicht sicher, und die Bürokratie hat sich mit der Regulierung aller Lebensbereiche wie Mehltau übers Land gelegt.“ (9) Es wäre jedoch alles nur halb so schlimm, wenn sich nicht auch „die Volkswirte in Deutschland zu einer Sekte zusammengeschlossen hätten, die dieses hausväterliche Verständnis von Wirtschaft jeden Tag bestätigen“ (10), und somit „das gesamtwirtschaftliche Denken über Bord geworfen“ haben. Da sich auch die Politik durchweg aus dieser Richtung bediene und bedienen lasse, finde „eine ernst zu nehmende wirtschaftspolitische Auseinandersetzung über das, was man in der guten alten Zeit Ordnungspolitik nannte“ (93) nicht

mehr statt. Flassbeck will dem entgegenzutreten.

Wohin wir kommen sollen wird indes nicht klar: Ein Plädoyer für die Verteidigung des Sozialstaats, der durch Politik, Wirtschaftswissenschaft und Medien täglich desavouiert wird, ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend, um einen Gegenpol gegen die neoliberale Hegemonie zu bilden. Flassbecks Texte sind zwar wichtige Bausteine für eine solche Gegenpol-Politik; sie sind aber noch kein Politikentwurf gegen den neoliberalen Zeitgeist.

Oft ist kaum nachzuvollziehen, warum Flassbeck dem Zeitgeist so entgegenkommt, z.B. wenn er die Offensive kapitalistischen Denkens und Handelns „Umsturz in Deutschland“ (100) und die Protagonisten dieser Richtung „Revoluzzer bei den Konservativen“ (101) und in diesem Zusammenhang den Begründer der neoliberalen Wirtschaftsdeologie Hayek einen großen Liberalen (101) oder Karl Popper einen großen Philosophen (101) nennt. Skurril wird das Ganze, wenn Flassbeck dieser Art neoliberaler Wirtschaftspolitik gar den Vorwurf der „Planwirtschaft“ (101) macht. Wie schön war doch noch alles im Jahr 2000, als „das deutsche Wirtschaftssystem ohne weiteres in der Lage (war), nach einem Anstoß von außen ein Wachstum von mehr als 3 Prozent und einen markanten Abbau der Arbeitslosigkeit zu produzieren“ (101). Also zurück zu den Zuständen von 2000!/? Als ob diese nicht die Voraussetzungen der Politik von 2006 wären! Flassbecks Credo wird mehrfach deutlich: „Ein marktwirtschaftliches System ohne Wachstum und Entwick-

lung ist wie ein Fahrrad im Stand: extrem labil und umfallgefährdet. Nur rasche Fortbewegung kann eine von unternehmerischen Entscheidungen getragene Wirtschaftsordnung stabilisieren.“ (27) Warum nur sehen das die Unternehmen heute nicht ein?

Der unzulängliche soziologische Ansatz macht Einzelbefunde jedoch nicht uninteressant. Wenn Flassbeck beispielsweise die Tarifpolitik der Gewerkschaften in den letzten 25 Jahren kritisiert, kommt er schnell auf den neuralgischen Punkt: Da es in dieser Zeit nicht gelungen sei, den verteilungsneutralen Spielraum auszunutzen und Arbeitszeitverkürzungen lediglich mit Lohnverlusten bezahlt worden seien, komme es jetzt zur „Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich“ (105). Es werde also nur fortgesetzt, was schon lange im Gange sei: „Die Arbeitnehmer verzichten weiter, weil keiner begriffen hat oder begreifen will, dass die Politik des Verzichts schon seit einem Vierteljahrhundert nicht greift.“ (105) Und folgerichtig legt er die Hand in die Wunde gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, wenn er „die noch immer nicht vorhandene Bereitschaft der Interessenvertreter der Arbeitnehmer, ihren Mitgliedern und der Bevölkerung reinen Wein über die Verzichtspolitik der letzten 25 Jahre und ihre eigenen strategischen Fehler einzuschenken“ (106), scharf kritisiert. Ebenso kreidet er den Gewerkschaften an, dass der erarbeitete Produktivitätsfortschritt „durchgängig zu einem größeren Teil den Unternehmen überlassen (wurde) in der Hoffnung, dass dadurch Arbeitsplätze entstehen“ (108). Flassbeck lakonisch: „Statt darüber zu diskutieren,

wie die Unternehmen dazu bewogen werden können, die Arbeitszeit der Arbeitslosen zu verlängern, wird die Arbeitszeit der noch Beschäftigten verlängert, obwohl das nach Lage der Dinge die Arbeitslosigkeit erhöht.“ (108) Und an anderer Stelle ebenso treffend: „Seit 1996 haben Politik und Tarifparteien systematisch dafür gesorgt, dass die einfachen Menschen in Deutschland keinerlei Zuwachs ihres Realeinkommens mehr gesehen haben.“ (146)

Unübertroffen ist Flassbeck auch, wenn er die Politik der Agenda 2010 auf den Begriff bringt: Sie führe in die Vergangenheit, „weil sie Lohnsenkung, in Form der ersatzlosen Übernahme des Krankengeldes durch die Arbeitnehmer, hoffähig macht. Das ist ein weiterer Schritt in Richtung allgemeine Lohnsenkung und damit hin zu Deflation und Depression“ (33). Oder wenn er die noch von Kanzler Schröder eingesetzte Arbeitsgruppe ‚Benchmarking‘, die in ihrem Bericht ‚Benchmarking Deutschland‘ auch nur die „Mär von den zu hohen deutschen Löhnen“ (36) wiederholt, auf den Kern reduziert: „Die Vorschläge der Benchmarking-Gruppe enthielten in der Substanz nichts anderes als die Empfehlung zur Fortsetzung der erfolgreichen Beschäftigungspolitik der letzten 20 Jahre. Erstaunlich war allerdings, dass sich die deutschen Gewerkschaften von dem überholten Denken nicht energisch distanzieren, sondern an dem Bericht sogar mitgewirkt haben.“ (36)

Eindrucksvoll ist auch, wie Flassbeck die angeblichen Argumente der Gegenseite zerpfückt:

Da werde erstens die „missglückte deutsche Einigung“ (19) für die zu hohe Staatsquote verantwortlich gemacht. „Das Gegenteil ist eher richtig, die Abgaben der Unternehmen waren noch nie so niedrig wie heute und sind auch im internationalen Vergleich höchstens mittelmäßig. Die Lasten der deutschen Einheit hat man längst bei denen abgeladen, die in irgendeiner Weise vom Staat abhängig sind, weil Transfers weitgehend über den Abbau des sozialen Netzes finanziert werden.“ (19)

Ein zweites „Argument“ besage, „das soziale Netz und die Überregulierung hinderten die Wachstumskräfte an der Entfaltung“ (19). Flassbeck dagegen: „Im Zeitvergleich gab es seit den 60er Jahren nicht mehr so wenig soziale Absicherung, und auch hier gibt der internationale Vergleich nichts her.“ (19)

Und schließlich, so geht die Legende, seien der „verkrustete Arbeitsmarkt und die Gewerkschaftsmacht ... das Haupthindernis für größere Wachstumsdynamik“ (19). Flassbeck: „Das ist per se keine ernsthafte Erklärung, weil der Arbeitsmarkt dem Wachstum folgt und nicht umgekehrt.“ (19) In Wirklichkeit können die privaten Haushalte deshalb weniger Geld ausgeben, weil die Löhne nicht ausreichend gestiegen seien: „Bei stagnierenden Reallöhnen stagnierte aber auch der inländische Absatz der Unternehmen, die daraufhin auch keine Leute einstellten.“ Mit den „Hartz“-Gesetzen – „abwegiger und rücksichtsloser gegenüber der Bevölkerung, zumindest der akut arbeitslosen, konnte eine Idee kaum sein“ (97) – suche Deutschland „in einer nur autistisch zu nennenden

Weise eine Scheinlösung für sein Arbeitsmarktproblem“ (97); gleichzeitig stecke in den ‚Hartz‘-Ideen aber auch „die große Lebenslüge der modernen Sozialdemokraten“ (99). Flassbecks Urteil: „Diese Politik war und ist nach wie vor einfach falsch, weil ihr jede ökonomische Grundlage fehlt.“ (100)

Realistisch sei dagegen, dass „nur dann, wenn die Wirtschaft insgesamt läuft, sich eine reale Möglichkeit auftut, dem Phänomen der Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Arbeitnehmer zu Leibe zu rücken“ (114).

Zu den Problemen der Gesundheitspolitik verweist Flassbeck zum einen auf die Tatsache, dass es überhaupt „keine Kostensteigerung (gibt), von einer Explosion ganz zu schweigen“ (122). Was die Gesundheit teuer mache, seien also nicht Kostensteigerungen, „sondern vielmehr eine Einnahmeimplosion“ (122), die jedoch von der Politik noch verstärkt werde.

Auch hier wieder knapp und präzise: „Die Behandlung von Krankheiten ist hierzulande durchaus bezahlbar geblieben. Wer die individuelle Belastung senken will, muss dafür sorgen, dass mehr Menschen Arbeit finden und die Einkommen steigen.“ (124)

Auf seinem Spezialgebiet, der Steuerpolitik, gelingt es Flassbeck, den Hintersinn der Steuerpolitik Marke Eichel/Steinbrück schnell auf den Begriff zu bringen: „Es geht einzig und allein um das Zurückdrängen des Staates und um die Weigerung der Bezieher höherer Einkommen, mehr als proportional zur Finanzierung des Gemeinwesens beizutragen.“ (136)

Den ständigen Sparappellen und dem

Gejammer über die Staatsverschuldung hält er entgegen: „In einer modernen arbeitsteilig organisierten Wirtschaft geht es niemals darum, ob man sich verschuldet, sondern immer nur darum, wer sich verschuldet.“ (159) Wenn man die privaten Haushalte zum Sparen zwingt, müsse sich ein anderer Teil verschulden. Deshalb sei klar: „Das reale Einkommen aller Beteiligten muss dauernd sinken bei dem Versuch, die miteinander unvereinbaren Sparpläne vereinbar zu machen.“ (160)

Mit wenigen Worten gelingt es also Flassbeck, neoliberale Positionen zu erschüttern, auch dadurch, dass er ihnen ihre Widersprüchlichkeit vorhält. Wenn so einerseits die Forderung nach Arbeitszeitverlängerung (ohne Lohnausgleich) erhoben werde, andererseits aber selbst zugestanden werde, „dass Mehrarbeit in der gegenwärtigen Konjunkturlaute wenig oder nichts bringt, weil sich für die mehr produzierten Produkte wegen der Nachfrageschwäche im Inland kaum Abnehmer finden“ (106). Ökonomie sei in diesem unserem Lande „beliebig geworden. Jeder kann behaupten, was er will, man kann sich widersprechen, man kann Leersätze als große Weisheiten verkünden und man kann den gesunden Menschenverstand malträrieren. (106) Flassbeck kontert: „Statt darüber zu diskutieren, wie die Unternehmen dazu bewegt werden können, die Arbeitszeit der Arbeitslosen zu verlängern, wird die Arbeitszeit der noch Beschäftigten verlängert, obwohl das nach Lage der Dinge die Arbeitslosigkeit erhöht.“ (108)

Friedrich Sendelbeck

PDS-Geschichte

Manfred Behrend, Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei, ISP. Neuer ISP Verlag GmbH, Köln, 2006, 16,80 Euro

Eine Geschichte der PDS weckt aktuelle Erwartungen, die widersprüchlichen Positionen der Partei erklärt zu bekommen, ihre gemeinsamen Ziele und deren Perspektiven bei dem angestrebten Zusammengehen mit der WASG. Das Buch des Zeitgeschichtlers Manfred Behrend, der sich mehr als 40 Jahre mit Parteienforschung befasste und es noch kurz vor seinem Tod inhaltlich fertig stellen konnte, kommt da wie gerufen. B. hat anhand einer akribischen Auswertung von Materialien der PDS nachvollzogen, über welche Positionen, Stationen, Konfliktsituationen und nicht zuletzt Strömungen und Personen sich diese Partei wandelte, die 1989/90 angetreten war, aus der Implosion des Staatssozialismus emanzipatorische Lehren zu ziehen. Das löst immer wieder Aha-Effekte hinsichtlich des Wiedererkennens von Konfliktsituationen aus. Das Buch geht aus mehreren Gründen über eine bloße Parteiengeschichte hinaus. B. hat offensiv seine positive Grundeinstellung zum Sozialismus als Ziel vertreten und aus dieser Sicht eine kritische Distanz zur PDS. Die Darstellung der Wandlungen in der PDS scheint da auf den ersten Blick eher zu ernüchtern. Sie verweist auch auf blockierende Bedingungen und Ursachen, wie die auf der Strecke gebliebene grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Konstruktionsprinzipien der marxis-

tisch-leninistischen Vorgängerpartei und ihrer führenden Rolle, die durch reichlich ausgesprochene Verdikte der DDR durch PDS-VertreterInnen nicht ersetzt werden kann. Aus der Sicht einer linkssozialistischen Partei wird die Sozialismuskonzeption aber auch eingegrenzt und begrenzt.

Es dient dem Verständnis und regt die Diskussion an, dass B. die Ergebnisse seiner Analyse sehr treffend und zugespitzt zusammengefasst hat. Zu erkennen sind vier große Entwicklungsstadien der PDS.

Den Grundkonsens auf dem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 zugunsten von Antistalinismus, demokratischem Sozialismus als drittem Weg (und einer inzwischen von der Geschichte überholten Reformierung der DDR) hat B. als auch heute noch gültigen Ansatz betrachtet, als einen tröstlichen Anfang für Sozialisten (30).

Konsolidierung der PDS und ihr Kampf ums Überleben resultierten im Parteiprogramm von 1993, das B. als einen im Kern marxistischen Kompromiss bezeichnet hat, auf dem Weg zu einer linkssozialistischen Partei. Er hat es als demokratisches Sofortprogramm zur Abwehr reaktionären politischen Drucks und Sozialabbaus bezeichnet, für eine sozial gerechte – noch keine sozialistische – Gesellschaft und es als die beste programmatische Leistung in der Geschichte der PDS beurteilt (52).

Wie es bis 2003 zu einem „rechtsdominierten Programm“ kommen konnte, das dem von 1993 in Grundsatzfragen entgegengesetzt war („Das neue, nichtsozialistische Programm und die demokratische Linke“, 133),

hat B. kritisch als Anpassung der „Rechten“ in der Partei an das etablierte Parteiensystem der Bundesrepublik analysiert. Im Auf und Ab zäher Auseinandersetzungen (u. a. „Irrlicht von Gera“, Putsch der Rechten) wurde die PDS laut B. eine „vage linke Partei“. Beispielhaft für seine kritische Analyse: „Dem Neoliberalismus dienstbereit: die ‚Kapitulation in Berlin‘“ (114). Dass damit zugleich ein Substanzverlust an politischen Inhalten eintrat, die PDS vielfach „zuzahlte“, hat B. für sehr bedenklich gehalten (u. a. 161). B. hat eine ganze Reihe von schlüssigen Ursachen für diese Wandlungen benannt, wie die Einflüsse der Strömungen in der PDS, die Überbetonung von Wahlerfolgen und einer Regierungsbeteiligung, eine verbreitete Abgehobenheit von der Realität, das Karrierestreben bestimmter Funktionäre und Abgeordneten, die Nicht-Überwindung von undemokratischen DDR-Traditionen, die unterschiedlichen Positionen zu Antikriegsaktionen, zur EU usw. Teile der Basis mögen mit diesen Wandlungen nicht einverstanden sein, aber sie artikulieren sich kaum und tragen sie damit letzten Endes mit.

Die vierte Etappe, charakterisiert durch die angestrebte Fusion mit der WASG, hat B. als Hoffnung für eine erneuerte Linke in Deutschland gesehen. Die Linke hätte heute die Chance, eine Alternative zur unsozialen und ungerechten Politik der Herrschenden zu popularisieren und eine entsprechende Wende zu initiieren. Er hat geglaubt, dass beide gemeinsam die Kraft haben werden, eine kritische Bilanz der bisherigen Erfahrungen zu ziehen. Zugleich aber

Skepsis! „Eine neue Sozialstaatspartei war im Kommen! (161).

Die Zuordnung der Handelnden zu „links“, „rechts“ und zur „Mitte“ hat für B. bei der Erklärung von Positionen der PDS eine zentrale Rolle gespielt. Sie besitzt tatsächlich für die Begründung des Wandels der Partei einen hohen Stellenwert. Ob dabei die Begriffe „links“ und „rechts“ zutreffen, sei dahingestellt. Was gemeint ist, wird jedoch klar. Es geht um einen Kampf, der mit dem Streiten um soziale Gerechtigkeit – und zwecks ihres Erreichens – sozialistische Ziele anstrebt, die über die bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen allmählich hinausgehen – versus dem Festhalten an sozialen Veränderungen allein im Rahmen des Systems. Nach dem zuletzt genannten wäre es bereits „links“, wenn die neoliberalen Schrecknisse etwas moderater ausfallen als von den Herrschenden gewollt. Gysis Positionsbestimmung als sozialistische Partei links von der Sozialdemokratie enthält solchen Fallstrick: Je mehr die Sozialdemokraten nach rechts tendieren, desto mehr geriete dann auch die PDS möglicherweise in rechte Positionen. Diese Klassifizierung verdunkelt jedoch auch die Grundprinzipien „linker“ PDS-Strömungen, die im Buch zu wenig deutlich werden – oder bleiben diese im Konkreten tatsächlich so blass? Ist es allein eine gewohnte Parteidisziplin und die Sorge um die Einheit der Partei, welche „Linke“ und „Mitte“ die fast diametral entgegengesetzten Wandlungen der PDS mit ertragen lässt – wie B. vermutet hat – oder bestehen letztendlich doch gemeinsame Positionen

in einem staatstragenden Kurs, der parlamentarische Demokratie anstelle von Parteidiktatur setzt? Behält B. Recht, dann wäre eine Charakterisierung als „linke“ Strömung allerdings fraglich. Müsste von einer „Linken“ nicht erwartet werden, dass sie Alternativen einbringt, die emanzipatorisches Wirken in der Gegenwart mit einem Überschreiten dieses Rahmens verbinden? Sozialistische Ziele stellen ja aktuell bereits eine wichtige Bedingung dar, um sich zuspitzende lokale und globale Reproduktionskrisen im emanzipatorischen Sinne zu lösen und nicht zu einer zunehmenden Ausgrenzung von für die Kapitalverwertung „überflüssigen“ Bevölkerungsgruppen zu kommen. Insofern sind sozialistische Ziele grundsätzlich weder überholt noch unzeitgemäß, noch nicht politikfähig.

Die Wandlungen der PDS können allerdings nicht allein an Strömungen innerhalb der Partei festgemacht werden. Sie hängen auch mit aktuellen Veränderungen der Rolle politischer Parteien zusammen, die im Gefolge tendenziell totaler Kommerzialisierung der Gesellschaft zunehmend durch Lobbyisten, Gutachter usw. gesteuert werden. Den mächtigen Lobbyisten der Transnationalen Konzerne, die – über die Parteien, die im Parlament vertreten sind – offensichtlich z. T. bereits offen und mehr noch verdeckt auf nationale Politik Einfluss nehmen –, wäre also ein außerparlamentarischer Druck einer breiten pluralistischen emanzipatorischen Bewegung entgegenzusetzen – die derzeit leider noch nicht besteht. Die Fusion zu einer Linkspartei könnte für außerparlamentarische emanzipatorische Bewegungen

grundsätzlich ein Ansprechpartner sein. Das aber erfordert, die Rolle von Parteien hinsichtlich einer möglichen oder nicht möglichen Beförderung von Emanzipation als Alternative zu neoliberalen Trends neu zu durchdenken. Die jeweiligen Programme stellen für eine Fusion keine grundsätzlichen Hindernisse dar. Schwierigkeiten bei der Suche nach einem politischen Weg, der emanzipationsfähig ist, gibt es in Ost und West gleichermaßen. Das Buch von B. könnte eine Hilfe bei der Lösung dieser Probleme sein. Der Wunsch des Verfassers, seine objektiv und sachlich verfasste Schrift möge zu politischem Streit und dadurch zur Aufklärung beitragen, hat sich inzwischen mannigfach erfüllt.

Anneliese Braun

Legenden des EU-Verfassungsvertrags und seiner Beförderung

Andreas Wehr, Das Publikum verlässt den Saal. Nach dem Verfassungsvertrag: Die EU in der Krise, 206 Seiten, PapyRossa Verlag, Köln 2006, 14,90 Euro

„Die meisten Europäer haben ein positives Bild von der EU, auch mit der Idee einer europäischen Verfassung kann sich die Mehrheit anfreunden. Eine weitere Vergrößerung der Gemeinschaft lehnen dagegen immer mehr Bürger ab.“ So das Fazit der regelmäßig von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Umfrage des „Euro-Barometers“. Über die Zustimmung zum EU-Verfassungsvertrag heißt es: „Aber auch die Franzosen und Niederländer, die die EU-

Verfassung im vergangenen Jahr in einem Referendum abgelehnt haben, könnten sich mittlerweile mehrheitlich für diesen Plan erwärmen. Jeweils 60 Prozent würden heute mit Ja votieren.“¹ Sieht man sich dagegen den Titel des Buches von Andreas Wehr über die EU-Verfassung „Das Publikum verlässt den Saal“ an, muss man zwangsläufig zu dem Befund kommen, der Autor träfe nicht den Stimmungswandel in der EU, da jetzt offenbar eine neue Mehrheit für den EU-Verfassungsvertrag gefunden werden könne. Das Publikum wäre zurückgekehrt und hätte Einsicht gezeigt. Wie so oft steckt der Teufel im Detail. Schaut man genauer hin, erfährt man, dass 61 Prozent für eine (sic!) Verfassung der EU in Europa sind.² Ein Wert, der sich nur unwesentlich im Vergleich zur Situation bei den Referenden in den Niederlanden und in Frankreich im Frühjahr 2005 unterscheidet. Mit diesem kleinen Trick bei Befragung und Auswertung soll suggeriert werden, die Zustimmung zu einer Verfassung entspreche der Zustimmung zur von den Staats- und Regierungschefs vorgelegten EU-Verfassung. Das Gegenteil ist allerdings der Fall. An der Ablehnung des neuen EU-Vertrags hat sich nichts geändert.

Andreas Wehr legt eine präzise Analyse des EU-Verfassungsvertrags vor. Aufbauend auf seiner Stellungnahme zu den Ergebnissen des europäischen Verfassungskonvents (Europa ohne Demokratie, Köln 2003)

nimmt Wehr zudem die auf Durchsetzung des neuen EU-Vertrags zielenden Strategien der EU-Eliten mit in den Blick. Dazu gehören faktenreiche Widerlegungen der drei wichtigsten Legenden, die Konsens für dieses Projekt herstellen sollen: „Mit dem Verfassungsvertrag zur Selbstbehauptung Europas“ (10-33), „Der Verfassungsvertrag bewahrt das europäische Gesellschaftsmodell“ (33-53) und „Die Europäische Union wird demokratischer“ (53-95).

Weder die Legendenbildung noch die massive Propagandakampagne halfen, die Mehrheit in den Niederlanden und in Frankreich zu erringen. Wehr konstatiert: „Die lange vorausgesagte Krise der EU ist da. Seitdem jagen sich widersprechende Vorschläge, was alles verändert werden muss.“ Im Juni 2006 musste erneut die Denkpause für die EU-Verfassung verlängert werden, die sich die Staats- und Regierungschefs wegen der Befürchtung verordnet hatten, jedes neue Referendum würde nur zu einer weiteren Bestätigung der massiven Ablehnung des Verfassungsvertrags führen. Währenddessen nimmt man in den Ländern, in denen die Bevölkerung nicht gefragt werden, Ratifizierungen des EU-Verfassungsvertrags vor. Dann wird mit dem Verweis auf eine große Zahl von Ländern, die ratifiziert haben, die Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden erneut unter Druck gesetzt, da sie sich sonst in Europa isolieren würden. Teil dieser perfiden Strategie ist der Plan der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, den Verfassungsvertrag mit einer unverbindlichen Erklärung zum sozialen Europa zu versehen, um dann nach

¹ „Europas Image ist nicht ramponiert“, Saarbrücker Zeitung, 7. Juli 2006

² Vgl. „61 Prozent für eine ‚Verfassung‘ der EU“, FAZ, 7. Juli 2006

den französischen Präsidentschaftswahlen und während der französischen Ratspräsidentschaft 2008 einen neuen Anlauf unternehmen zu können. Für SPD und CDU/CSU hat die Durchsetzung des Verfassungsvertrags im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 oberste Priorität. Zugleich wird versucht, Teile der EU-Verfassung am gültigen EU-Vertrag vorbei in Politik umzusetzen.³

Auch hier stellt sich die Frage, ob die Rechnung wirklich aufgeht. Sogar die französischen Sozialisten, die sich bei einer internen Mitgliederbefragung 2004 noch mit 59 Prozent für den Verfassungsvertrag aussprachen, haben sich jetzt in ihrem Wahlprogramm für 2007 eindeutig auf eine Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags festgelegt.⁴

Wehr spricht auch von den *arkana imperii* des EU-Verfassungsvertrags. In den meisten Publikationen zur EU-Verfassung wird die neue Stimmgewichtung im EU-Parlament aber vor allem im Europäischen Rat und im EU-Rat nicht einmal erwähnt. So erhöht sich das Stimmgewicht Deutschlands im Vergleich zum gültigen Vertrag von Nizza um 102 Prozent, das von Frankreich und Großbritannien immerhin noch um 47 Prozent. Die kleinen und mittleren Mitgliedstaaten müssen massive Stimmverluste hin-

nehmen. So sinken die Stimmenanteile Belgiens, Portugals und Tschechiens jeweils um 38 Prozent, der Stimmenanteil Luxemburgs gar um 92 Prozent. Dies erklärt auch das unbedingte Festhalten der deutschen Eliten an diesem Vertrag. Der Gewinn an politischer Macht muss, koste es was es wolle, unbedingt durchgebracht werden. Das damit die für die Begründung der EG/EU konstitutive Stimmgleichheit der großen Mitgliedstaaten im Europäischen Rat und im EU-Rat gebrochen wird, ist unter Bedacht möglicher Folgen nur wenigen in der EU bewusst. Mit einer Demokratisierung der EU hat das nichts zu tun.⁵

Wehr zeichnet auch die Debatte in der Bundesrepublik nach, die von Verweigerung eines Referendums durch eine ganz große Koalition von Grünen bis zur CSU geprägt war. Doch trotz dieser übergroßen parlamentarischen Mehrheit gerieten die Inhalte des EU-Verfassungsvertrags immer stärker in die öffentliche Diskussion. Angefangen vom Militarisierungsartikel I-41, in dem eine Pflicht der Mitgliedstaaten zur Aufrüstung festgeschrieben wird, bis zum Neoliberalismus mit Verfassungsrang, der mit der Formulierung einer Wirtschaftspolitik, die dem „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet“ (III-177) ist, fixiert wurde. Wehr hält den Euro-Enthusiasten, die vorgeben, mit dem EU-Verfassungsvertrag sei das soziale Europa ein

³ Vgl. auch Agenda-Voranschlag zur Finnischen Ratspräsidentschaft, 24.05.2006

⁴ „Wir werden den EU-Verfassungsvertrag, in der Form wie er am 29. Mai abgelehnt worden ist, nicht ratifizieren, auch wenn er mit einer neuen Präambel versehen wird.“ Vgl. Réussir ensemble le changement. Le projet socialiste pour la France, <http://projet.parti-socialiste.fr/tag/la-france-dans-leurope-et-le-monde/1-relancer-leurope/>

⁵ Die beunruhigenden Hegemoniebestrebungen Deutschlands gegenüber Frankreich sind auch auf wirtschaftlichem Gebiet allgegenwärtig, vgl. Le Monde, 7. Juli 2006

Stück näher gekommen, entgegen: „Diese Unterordnung unter die liberalen der europäischen Wirtschaftspolitik blockiert jeden sozialstaatlichen Umbau der Union.“ (43)

Über die Debatte in den Niederlanden, in Frankreich und Luxemburg wird mit Interviews von Protagonisten der NEIN-Kampagnen in den jeweiligen Ländern informiert. Eine Bereicherung auch für die Diskussion in der Bundesrepublik. Den Abschluss bildet ein Teil, den man auch mit „Elemente eines alternativen EU-Verfassungsvertrags“ überschreiben könnte. Wehr plädiert für eine offene Debatte. Die deutsche Linke muss sich einen Raum der EU-Kritik, den sie mit der „Angst, der Europafeindlichkeit geziehen zu werden“ (192), zum Teil aufgegeben hat, zurückgewinnen.

Wer die Debatte um den EU-Verfassungsvertrag führen will, kommt an diesem Buch nicht vorbei. Zu Glossar und Zeittafel sollte bei einer künftigen Auflage in jedem Fall noch eine Bibliographie, ein Index und eine Analyse des spanischen Referendums hinzugefügt werden. Auch angesichts dessen, dass innerhalb der Linken bisher keine geschlossene Arbeit zum EU-Verfassungsvertrag vorgelegt wurde, kommt Wehrs Buch der Charakter eines Standardwerks zu.

Martin Hantke

Die Dresdner Bank im „Dritten Reich“

Klaus-Dietmar Henke (Hrg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. In vier Teilbänden. Bd. 1: Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reiches (Johannes Bähr); Bd. 2: Die

Dresdner Bank und die deutschen Juden (Dieter Ziegler); Bd. 3: Die Expansion der Dresdner Bank in Europa (Harald Wixforth); Bd. 4: Die Dresdner Bank 1933-1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft (Klaus-Dietmar Henke). R. Oldenbourg Verlag, München 2006, zusammen 2372 S., 79,80 Euro

Die vorliegenden vier Bände zur Geschichte der Dresdner Bank in den Jahren des deutschen Faschismus (in der Diktion Nazideutschlands als „Drittes Reich“ bezeichnet) stellen einen bemerkenswerten Beitrag zur „Aufarbeitung“ der deutschen Unternehmensgeschichtsschreibung dar. „Aufarbeitung“ in exakter Bedeutung des Begriffes, als Umdenken. Das ist am wenigsten mit einem erweiterten Zugang zu den Akten begründet. Nicht die Aufbewahrung großer Bestände von Bankakten im „kommunistischen Machtbereich“ (Bd. 1, 32) hat die Banker daran gehindert, über ihre Mitwirkung an der Errichtung und der Festigung der faschistischen Diktatur, an der „Arisierung“ genannten Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung vor dem zweiten Weltkrieg und an den Plünderungen in den Kriegsjahren nachzudenken und ihre Historienschreiber nach 1945 und später veranlasst, Unwahres zu schreiben. Nein, die „restriktive Haltung“ (ebenda) in den Jahrzehnten der „Selbstverharmlosung“ gegenüber den historischen Tatsachen lag vor allem in ihren ökonomischen Interessen begründet, in der ihnen zugeordneten Rolle im Kalten Krieg. Klaus-Dietmar Henke, einer der Autoren, gesteht das ein: Er nennt diese Phase der bundesdeutschen Geschichtsfälschung schlicht eine „schiere Über-

lebensnotwendigkeit“ (Bd. 1, S. 2). Und wenn Jürgen Jeske jüngst in der FAZ meinte, ich hätte 1970 mit meinem Buch über Abs¹ den Anstoß zum neuen Denken über die Bedeutung der Unternehmensgeschichtsschreibung gegeben², irrt er.

Doch sein Eingeständnis, dass erst in den folgenden Jahren die Unternehmensgeschichtsschreibung „seriös“ geworden sei, verblüfft. Als es sich Abs noch leisten konnte, die Unterdrückung der Veröffentlichung des OMGUS-Untersuchungsberichts der US-Militärbehörden von 1947 „für sinnvoll“ zu halten (Bd. 1, S. 4), war das „unseriös“? Richtig, unter den Bedingungen des Kalten Krieges war es sinnvoll Geschichte zu fälschen, Tatsachen zu unterdrücken und dazu sogar eine hilfreiche Justiz in einem „Rechtsstaat“ zu bemühen. Die Wahrheit war in diesen Jahren „unwissenschaftlich“ und reine kommunistische Propaganda, der OMGUS-Bericht, nach der Ansicht des Rechtsanwalts der Deutschen Bank, Augstein, ein „Racheerzeugnis emigrierter Juden“.³ An den Abs-Prozess von 1970-1972 zu erinnern ist auch insofern angebracht, als die Autoren auch auf ihn verweisen (Bd. 1, S. 4, Bd. 4, S. 9). Es mag sein, dass mein

Buch eine tiefere Wirkung auf die Banker ausübte, als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde; das Umdenken stellte sich jedoch erst nach 1989 ein und wurde in der BRD deutlich durch Christopher Koppers Untersuchung zur Bankenpolitik zwischen 1933 und 1939.⁴ Was ich im Juni 2001 anlässlich der Rezension von Harold James Untersuchung „Die Deutsche Bank und die ‚Arisierung‘“ bemerkte, dass die Bankengeschichtsschreibung sich immer deutlicher als ein Finanzprodukt darstellt,⁵ wird nun in dem neuen Opus über die Dresdner Bank von Henke als neuem Forschungsstand ausgewiesen. Christopher Kopper assistiert ihm, wenn auch nicht ohne feine Differenzierung, mit einigen Porträts von Dresdner Bank Managern in seiner neuesten Veröffentlichung über deutsche Bankiers unterm Hakenkreuz.⁶

Es erfordert keinen speziellen quellenkundigen Nachweis, wenn man die Ursachen der neuen „historischen Offenheit“ im Lager der deutschen Elitemanager und Bankiers mit ihrer „Gesellschaft für Unternehmensgeschichte“ (GUG) aufdecken will. Der Schutzwall ihrer Frontfunktion gegen den europäischen Kommunismus ist 1989 weggefallen. Ihre bisherige, auch im Ausland geduldete exkulpatorische Haltung zur Mitwirkung der Banken an den Verbrechen des Hitlerfaschismus ist in den „gesellschaftlichen Debatten dann doch un-

1 Eberhard Czichon, *Der Bankier und die Macht*, Köln 1970; letzte Aufl.: Deutsche Bank: *Macht – Politik; Faschismus Krieg und Bundesrepublik*, Köln 2001.

2 Jürgen Jeske, *Wie die deutsche Unternehmensgeschichte seriös wurde*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 4. 6. 2006, S. 36.

3 Friedrich Karl Kaul, *Zwischenplädoyer im Prozeß gegen die Deutsche Bank und den Bankier Hermann Josef Abs*, 9. 12. 1971, *Landgericht Stuttgart*, S. 7.

4 Christopher Kopper, *Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus - Bankenpolitik im „Dritten Reich“ 1933-1939*, Bonn 1995.

5 Vgl. *Z 46* (Juni 2001), S. 142 ff.

6 Christopher Kopper, *Bankiers unterm Hakenkreuz*, München Wien 2005.

tragbar geworden“, resümiert Henke (Bd. 4, S. 9) Wenn ich seine Meinung richtig verstehe, so hat sich die Stellung der deutschen Großbanken auf dem internationalen Finanzmarkt nach 1989 ziemlich verändert. Die Gefahr, dass ihre faschistische Gebundenheit in der immer härter werdenden Konkurrenz als Negativfaktor sich auswirken könnte (ich wies schon 2001 darauf hin), wuchs. Jürgen Jeske mahnte deshalb bereits 1997 in der FAZ eine stärkere, marktgerechte Neuorientierung der Historiographie bei den Unternehmen an.⁷ Die Aufarbeitung im Bereich der Bankenhistoriographie wurde 1995 mit Christopher Koppers erwähneter Studie erkennbar, ihm folgten Manfred Pohl (der Assistent von Abs während des Stuttgarter Prozesses, heute Vorsitzender der GUG und Honorarprofessor), sowie der Abs-Biograph Lothar Gall, ebenfalls Professor in Frankfurt/Main.⁸

Die zunehmende Ideologisierung der allgemeinen bürgerlichen Historiographie in der Diktion moderner politischer Erwartungen wird so durch ihre Ökonomisierung ergänzt und findet fortschreitend in Profit- und Marktbedingungen ihre bestimmenden Elemente bzw. Rahmenbedingungen. Oder anders formuliert: Die historische Wahrheit wird – wie alles in dieser Gesellschaft – zur Ware. Genau das vermittelt besonders deutlich der „neue Stand“ der Unternehmensgeschichtsschreibung in der Gegenwart

und das reflektiert sich auch in der Neufassung der Geschichte der Dresdner Bank.⁹ Doch auch das erreichte Niveau bleibt diesen klassengebundenen Prämissen verhaftet. Trotz aller erreichten Fortschritte gegenüber der bisherigen hartnäckigen Leugnung historischer Tatsachen, trotz der demonstrierten Entschlossenheit, alte Dogmen über Bord zu werfen und sich wissenschaftlich offen zu präsentieren, bleiben weiterhin grundlegende Forschungsgegenstände auch im vorliegenden Opus ausgeblendet, die weiterhin einer „Aufarbeitung“ harren.

Wie bei Kopper und bei Gall verdeutlicht sich die neue Strategie folglich bei Henke und seinen Mitautoren (Johannes Bähr, Dieter Ziegler, Harald Wixforth) widersprüchlich zwischen Auslassung und Fülle der Details. Es bleibt zunächst bemerkenswert, was in dieser Beziehung in postkommunistischer Auseinandersetzung nun so zu- und eingestanden wird: So wird die althergebrachte Opferrolle der deutschen Großbanken, die in einer nazistischen Zwangswirtschaft eingebunden gewesen wäre, aufgegeben. Eingeräumt wird nunmehr eine gewisse „Regimenähe“, ja sogar von einer „Mitäterschaft“ der Großbanken wird jetzt geschrieben. Sie werden als Nutznießer und Instrument des NS-Regimes belastet (Henke) und als in die SS-Geschäfte mit KZ-Mord und Zwangsarbeit (in unserem Fall speziell die Dresdner Bank) involviert gewesen bezeichnet. Das war im Ur-

⁷ FAZ, 7.8.1997.

⁸ Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*. München 2004; vgl. dazu meine Bemerkungen in Z 61 (März 2005), S. 204 ff.

⁹ Vgl. hierzu Hans G. Mayen, *120 Jahre Dresdner Bank. Unternehmens-Chronik 1872-1992*, Frankfurt Main 1992.

teil vom Landgericht Stuttgart 1972 noch ganz anders zu lesen. Bähr räumt schließlich ein, dass „im Dritten Reich an zentralen Elementen der privaten Wirtschaftsordnung festgehalten wurde und dass von einer totalitären Durchdringung der privaten Wirtschaft durch den NS-Staat nur sehr begrenzt die Rede sein kann“ (ebd). Ja, er bestätigt das Diktum von Ernst Fraenkel, „das deutsche Wirtschaftssystem sei trotz aller Modifikation unter Hitler ‚in seinem Kern kapitalistisch geliebt‘“.¹⁰ Summierend meint Bähr schließlich, das die Wirtschaftspolitik im Hitler-Deutschland primär das politisch-ideologische NS-Programm umsetzte. (Bd. 1, S. 2) Solcherart massive konzeptionelle Aufarbeitung bürgerlich-ideologischer Grundfesten kann schon erstaunen und makuliert die Geschichtspropaganda einer ganzen Generation. Doch die „mutigen“ Autoren haben sich zugleich gegen drohende Verdächtigungen abgesichert, etwaigen linken Postulaten zu folgen. Hierzu setzen sie eine Methode ein, die die von ihnen zugestandenem erstaunlichen allgemeinen Einschätzungen geschickt konterkariert. Dazu wird mit subtiler subjektiver Differenzierung der Banker und mit einer Fülle von eigentlich nebensächlichen Details gearbeitet. Bei Dieter Ziegler z.B. mit Ausführungen zur NS-Betriebszelle, zur Werkschar oder mit der Darstellung des Genossenschaftsgeschäfts (Bd. 1, S. 131 ff., 159 ff., 318 ff.). Ich gewann den Eindruck, dass einzelne Autoren

meinen, je detaillierter relativ Nebensächliches dokumentiert wird, desto überzeugender sei die erzielte Wirkung eines kritischen Strebens nach Wahrheitsfindung. Ich räume ein, einige dieser Ausbreitungen sind durchaus nicht uninteressant, nur ihre Alibi-Funktion ist zu offenkundig. Es ist doch so, dass es die ökonomische Rationalität ihren neuen Geschäftspartnern in einem vereinten Europa gegenüber dringend macht, sich von äußeren Formen der Zusammenarbeit mit dem deutschen Faschismus zu distanzieren, vielleicht als eine charmante Art der Entschuldigung. So wurden Harald Wixfort (dem Geschäftsführer der Gesellschaft für mitteleuropäische Banken- und Sparkassengeschichte) für diese Aufgabe allein über 900 Textseiten (im dritten Band „Die Expansion der Dresdner Bank in Europa“) gegenüber 1.254 Textseiten der anderen drei Bände zur Verfügung gestellt. Und dennoch fehlen einige nicht unwesentliche Zusammenhänge. Von den restlichen 1.254 Textseiten entfallen dann noch ca. 460 auf das Problem der Mitwirkung der Dresdner Bank bei der „Entjodung der deutschen Wirtschaft“. Und auch hier ist ja bekanntlich beim Ausmaß der begangenen Verbrechen eine Distanzierung gleichsam als Reuearbeit geschäftlich nur von Nutzen.

Was bleibt also von den alten Dogmen? Gemach, so ganz konsequent war die „Aufarbeitung“ trotz aller präsentierten historischen Offenheit nun auch wieder nicht. Allein durch die Gliederung in vier Bände fielen einige Schwerpunkte weg oder wurden ausgelassen. Nehmen wir die Mitwirkung der Bankers im wirt-

¹⁰ Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, 2. Aufl. Herausgegeben und eingeleitet von Alexander Brünneck, Hamburg 2001.

schaftsleitenden Apparat des NS-Regimes, den Kopper in „Bankiers unterm Hakenkreuz“ mit seinem Beitrag über die Reichsgruppe Banken (Kopper 2005, S. 207) zu bagatellisieren sucht. Bei Bähr kommt sie erst gar nicht vor. Auch die anderen Mitwirkungsorganisationen der deutschen Wirtschaft im NS-Regime fehlen völlig, als hätte es sie nie gegeben. So z.B. der nicht unwesentliche Beirat der Deutschen Reichsbank, in dem die Vorständler der Deutschen Bank ebenso dominierten wie die der Dresdner Bank sowohl im Plenum als auch in seinen Ausschüssen. Diese Institutionen tagten bis zum Februar 1945 unbeeindruckt vom Kriegsverlauf. Der Beirat wird nicht für wert gehalten, erwähnt zu werden. Nun gut, das wäre eine besondere Untersuchung über die Deutsche Reichsbank, aber wenigstens die Mitwirkung von Carl Götz und seiner Crew in diesem wichtigen Gremium durfte eigentlich beim Versuch, die „historische Wahrheit“ zu schreiben, nicht ausgelassen werden. Auch eine aktive Teil- und Einflussnahme an der und auf die nazistische Kriegszielpolitik fand offensichtlich nicht statt. Peinlich haben die Autoren alle Dokumente zu erwähnen und auszuwerten vermieden, die hiervon zeugen.¹¹ Hierin sind sich offenbar alle moderaten Aufarbeitungshistoriker einig: von Kopper über James Harold, Gerald Feldmann bis Henke und sein Kollektiv. Das Tabu wurde nicht gebrochen. Auch eine zweites Tabu

ist verbissen verteidigt worden und steht damit im engen Zusammenhang: Die Einwirkung der Großbanken auf den faschistischen Machtapparat, die Darlegung eben jener aktiven Machtpotenz, die nicht nur den Kapitalismus sicherte, sondern das NS-Regime für seine Ziele nutzbar machte. Es geht gar nicht um eine widerspruchslöse Unterordnung der politischen NS-Struktur unter die Macht der Großbanken, sondern um das System des gegenseitigen Zusammen- und Wechselwirkens und die Bestimmung der primären Kräfte in ihrer Entwicklung und Orientierung. Aber selbst solche Kleinigkeiten wurden streng ausgeklammert wie die Akkumulation von Aufsichtsratsmandaten der Vorständler der Dresdner Bank in der Rüstungswirtschaft oder die ehrende NS-Auszeichnung ihrer Aufsichtsräte als Wehrwirtschaftsführer.

Hier zeigen sich die Grenzen der neuen Unternehmensgeschichtsschreibung in aller Deutlichkeit. Auf diesem Gebiet bleibt das simple Dogma von der „kommunistische Enthüllungspolitik“ erhalten. Und wenn dazu als Beweis und Alibi auf den Stuttgarter Prozesses bei Lothar Gall verwiesen wird (Bd. 1, S. 9), steht die präsentierte Wissenschaftlichkeit mit sich im Widerspruch. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf eine andere „Lücke“ verweisen, auf die Rolle der Dresdner Bank als NS-Spionage- und Propagandastelle, über die im OMGUS-Report über die Dresdner Bank¹² berichtet wird. Die Frage, wieso hier die Grenze der angestrebten Wissenschaftlichkeit endet, stellt

¹¹ Vgl. entsprechende Dokumente in: Anatomie des Krieges, Berlin 1969; Anatomie der Aggression, Berlin 1972; Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 656 ff.

¹² OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, Nördlingen 1986, S. 94 ff.

sich unter dem Aspekt des erkennbaren Gewinnprimats hier nicht, sondern hebt ihn auf das gültige Unternehmens-Niveau. Dazu gehört auch, dass Kopper (in seinem Buch über Bankiers unterm Hakenkreuz) meint, Kurt von Schröder hätte in seiner Aussage über den Einfluss der Großbanken auf das NS-Regime nur eine Schutzbehauptung aufgestellt, der sowohl amerikanische Geheimdienstoffiziere „auf den Leim“ gingen und nach ihnen auch einige Historiker. In dieser These wird nicht nur grob die grundsätzliche Exkulpationsabsicht der Bankenhistoriker demonstriert, sondern auch ihr eingegrenztes und primär politisch dominiertes kritisches Analysevermögen.

Auf einige nette Deutungsunterschiede zwischen dem Dresdner-Bank-Opus und dem Bankier-Buch Koppers sei nur am Rande verwiesen: Getreu ihrer alten Geschäftskonkurrenz gibt es feine und manchmal unterschwellige gegenteilige Schuldzuweisungen vom Branchenführer an den Konkurrenten und vom diesem an den Branchenführer. So bei der Arisierung: wer war am größten, wer machte die besten Geschäfte, warum brachte die Nazifizierung des Vorstandes der Dresdner Bank nicht den erhofften Geschäftsvorteil gegenüber dem Finanzprimus? Allein, eine Antwort geben die Ausführungen zu den Vorständlern der Dresdner Bank bei Kopper (Emil Meyer, S. 83 ff.; Karl Rasche, S. 99 ff.) und die Einschätzung des Gesamtvorstandes (S. 121 ff) im Vergleich zu Dietrich Zieglers analogen Darlegungen (Bd. 1, S. S. 75 ff) darauf nicht. Hierfür liegt die Ursache jenseits der vorliegenden Tabu-Grenzen.

Bemerkenswert sind die vier vorliegenden Bände in jeder Hinsicht. Im Detail sogar spannend und präziser als das Werk der Deutschen Bank zu ihrem 125. Jahrestag.¹³ Von einem Auftragswerk eines Bankvorstandes zu erwarten, das es modernen wissenschaftlichen Anforderungen genügt, ist illusorisch. Die Fortschritte zu loben wäre indes naiv, da sie allein den internationalen Marktanforderungen verpflichtet sind. Und allein unter diesem Kriterium ist das Werk und sein erreichtes Niveau an historischer Wahrheit zu beurteilen.

Eberhard Czichon

Steuerberater in der Nazizeit

Helge Mutschler, Vom „Soldaten Adolf Hitlers“ zum unabhängigen Organ der Steuerrechtspflege, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart 2005, 149 S., 29 Euro

Die vorliegende Arbeit ist als Dissertation im Umfeld der Steuerberaterkammer Niedersachsens und des Fachbereiches Rechtswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg entstanden. Sie bietet dem geschichtlich interessierten Leser Einblicke in die Entwicklung des Steuerberaterberufes in der Zeit des Faschismus, wobei der Verfasser auch die Frage der Unabhängigkeit der Steuerberater von der Finanzverwaltung zwischen 1919 und 1961 thematisiert.

Nach 1933 sollte mit der Ausschaltung „nichtarischer“ und des Kommunismus bezichtigter missliebiger Steuerberater durch neu geregelte

¹³ 125 Jahre Deutsche Bank (1870-1995), München 1995.

Zugangsvoraussetzungen der Steuerberaterberuf zu einem „Elitestand“ (NSDAP-Finanzstaatssekretärs Fritz Reinhardt) ausgebaut werden (45). Vom Erlaubniszwang bei der Hilfe in Steuersachen waren die NSDAP und ihre Gliederungen ausgeschlossen (47). Mit Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 18.02.1937 kam als weitere Zugangsvoraussetzung die „politische Zuverlässigkeit“ hinzu, was sich im rückhaltlosen Eintritt für den nationalsozialistischen Staat äußern sollte.

Daneben erfolgte die verbandsmäßige Erfassung der Berufsangehörigen: „Die Kontrolle der Steuerberater und Helfer in Steuersachen durch den Staat wurde schließlich möglich durch ... die parteiliche Eingliederung aller Berufsangehörigen über den Bund Nationalsozialistischer Juristen und der Deutschen Rechtsfront in die NSDAP.“ (74, 139).

Sehr instruktiv ist das Kapitel „Ausschaltung von Juden und Kommunisten“ (33-44): „Die stärkste Maßnahme der staatlichen Einflussnahme auf den Berufsstand der Steuerberater war zunächst die völlige Ausschaltung jüdischer und des Kommunismus verdächtiger Berufsangehöriger.“ (33) Mit „Runderlaß vom 6. April 1933“, der erst am 6. Mai 1933 im Reichsteuerblatt veröffentlicht wurde, wurden die Präsidenten der Landesfinanzämter angewiesen, alle an Juden erteilten Steuerberaterzulassungen sofort zurückzunehmen. Jetzt konnten allenfalls von „Fall zu Fall“ noch jüdische Rechtsanwälte und Notare als Rechtsbeistände in Steuerangelegenheiten offiziell gegenüber der Finanzverwaltung auftreten.

Kritisch setzt sich der Autor mit Arbeiten des promovierten Juristen Alfons Pausch (Jahrgang 1922) auseinander (17-20). Pausch verfasste u.a. in der „Illustrierte(n) Geschichte des steuerberatenden Berufes“ (Brigitte Settele Verlag, Augsburg, 3. Auflage 1999) das Kapitel „Die Steuerberatung im Spannungsfeld der Diktatur“. Zur Ausschaltung „nichtarischer“ Steuerberater schon im April und Mai 1933 heißt es dort auf S. 240: „Hiernach war die Entlassungskampagne geradezu überfallartig durchgeführt worden, und zwar von den installierten Präsidenten der Landesfinanzämter, die bald den Titel „Oberfinanzpräsident“ erhielten.“

Für die Nachgeborenen wäre es durchaus erhellend und hilfreich zu wissen, was man sich konkret unter einer „Entlassungskampagne“, die zudem „überfallartig“ durchgeführt wurde, vorzustellen hat. Hier wäre auch mitzudenken, wie sich die „arischen“ Steuerberater- und Wirtschaftsprüferkollegen verhalten haben. Gab es – wie in der voluminösen Studie von Susanne Meinl und Jutta Zwilling „Legalisierter Raub – Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsverwaltung in Hessen“ (Frankfurt/M. 2004) detailliert anhand von Finanzakten dargestellt – eine häufig anzutreffende „Schnäppchen-Mentalität“ mit Blick auf die Mandate der „ausgeschalteten“ missliebigen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer? Auch wäre die Suche nach den „Gerechten“ unter den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern während der Hitler-Diktatur lohnend. Gab es im Berufsstand tatsächlich keinen Widerstand? All dies ist für Pausch kein Thema, dessen vielfältige Veröffentlichungen

Mutschler als wissenschaftlich „zweifelhaft“ (17) charakterisiert.

In der „Einleitung“ wird vom Verf. festgestellt, dass von der „Zeit des Nationalsozialismus zeugende Originalakten (Personalakten über Steuerberater, Handakten) ... nicht herangezogen werden (konnten). Diesbezüglich sind mehrere Finanzverwaltungsbehörden, Steuerberaterkammern, Steuerberaterverbände sowie auch ältere Steuerberater angesprochen worden. Mit Bedauern ist immer wieder von umfangreichen ‚Aufräumarbeiten‘ in den letzten Jahren berichtet worden, denen auch die letzten Akten zum Opfer gefallen seien.“ (17) Es bleibt also einer weiteren Arbeit vorbehalten aufzuhellen, wie und mit welchen Methoden die Ausschaltung „nichtarischer“ Steuerberater real betrieben wurde.

Unangenehm fällt auf, wenn Mutschler bei der Darstellung der Ansichten des NSDAP-Finanzstaatssekretärs Fritz Reinhardt (26ff.) „Volksgenosse“ und „Volksgemeinschaft“ im laufenden Text nicht mit Anführungszeichen versieht. In der Judikatur des Reichsfinanzhofes war unmissverständlich klar, dass Juden keine „deutschen Volksgenossen“ seien und von daher unter benachteiligendes und stark diskriminierendes ‚Sonderrecht‘ gestellt wurden. „Volksgenosse“ und „Volksgemeinschaft“ waren nazistische Kampfbegriffe, die sich gegen „rassisch“ und politisch missliebige Personen richteten.

Die im „Bund Nationalsozialistischer Juristen“ und der „Deutschen Rechtsfront“ organisierten Steuerberater und Helfer in Steuersachen bildeten den Kern der nach dem 8. Mai 1945 tätigen Berufsangehörigen in den West-

zonen und der neuen Bundesrepublik Deutschland. In der schon erwähnten „Illustrierte(n) Geschichte des steuerberatenden Berufes“ wird zur Entnazifizierung folgende Feststellung getroffen: „Die Frage, welche Auswirkungen die Entnazifizierung auf die Angehörigen des Berufsstandes im Ergebnis hatte, wurde bereits 1949 beantwortet: Nur wenige der früher zugelassenen Berater schieden aus politischen Gründen endgültig aus.“ (S. 306) Eine andere Entwicklung wird dagegen für das Gebiet der SBZ/DDR festzustellen sein.

Den heute tätigen Steuerberatern kann der vorliegende Band auch eine Möglichkeit der Selbstreflexion bieten. Wie 1929 mit 6 Millionen Arbeitslosen müssen Steuerberater unter den gegenwärtigen Bedingungen einer wirtschaftlichen Krise (Privat- und Unternehmens-Insolvenzen, (Lohn-)Pfändungen etc.) mit offiziell knapp 5 Millionen Arbeitslosen arbeiten. Zahlreiche Missbrauchsbekämpfungsgesetze erschweren die Tätigkeit bei gleichzeitiger Privilegierung der großbetrieblichen Einheiten.

Thomas Ewald-Wehner

Die Intellektuellen der DDR im Jahr 1956

Siegfried Prokop, 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz. Berlin, Kai Homilius Verlag, 2006, 378 S. (Edition Zeitgeschichte Band 32), 19,90 Euro

Das Buch von Prokop illustriert in beeindruckender Weise jene dramatischen Vorgänge, wie sie vor fünfzig Jahren in der sozialistischen Welt

stattfanden und von Erschütterungen begleitet waren. Das Buch lässt aus heutiger Sicht, also unter dem Aspekt des gescheiterten Sozialismus in der UdSSR und den mit ihr eng verbundenen europäischen Ländern, die Hinter- und Beweggründe der Turbulenzen des Jahres 1956 und deren Auswirkungen auf die DDR in einem noch krasserem Licht erscheinen als damals. Verursacht wurden sie bekanntlich von der unumgänglichen, jedoch widersprüchlichen und deshalb unzureichenden Kurskorrektur bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. Das unter Stalins Führung herausgebildete zentralistisch-diktatorische System, die begangenen Verbrechen wie auch gewisse ungünstige historische Umstände hatten Deformationen hervorgebracht, die das Wesen des Sozialismus, ja dessen Existenz in Frage stellten. Doch die eng gezogenen Grenzen der Kurskorrektur zeugten zugleich sowohl vom Unvermögen der Führungen dieser Länder, Ursachen und Wesen dieser Deformationen zu erkennen, wie auch vom inneren Widerstand der pro-stalinistischen Kräfte.

Ein Zitat aus Chruschtschows so genannter Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU verdeutlicht dieses Dilemma: „Es wäre jedoch ein grober Fehler, aus der Tatsache, dass früher ein Personenkult bestand, Schlüsse über irgendwelche Veränderungen in der Gesellschaftsordnung in der UdSSR zu ziehen oder die Quelle dieses Kults in der Natur der sowjetischen Gesellschaftsordnung zu suchen. Sowohl das eine als auch das andere ist absolut falsch, da dies nicht der Wirklichkeit entspricht und den Tatsachen zuwiderläuft.“

(25) Prokop schlussfolgert: „Die Möglichkeiten des Neubeginns wurden ... durch die Schwerfälligkeiten der inneren Strukturen begrenzt und teilweise paralyisiert“. (34) Als einziger der namhaften Führer kommunistischer Parteien hatte der Italiener Palmiro Togliatti damals moniert, dass man die anstehenden Probleme nicht auf einen „Personenkult“ um Stalin reduzieren dürfe, sondern die Ursachen in einer Degeneration des sozialistischen Systems suchen müsse, was auf heftigen Widerspruch der KPdSU stieß. Da der von Prokop behandelte Personenkreis in der DDR sich häufig auf dieses Togliatti-Interview berief, wäre es sinnvoll gewesen, die Veröffentlichung wesentlicher Aussagen Togliattis im „Neuen Deutschland“ (21. Juni 1956) zu erwähnen, anstatt zu behaupten, man habe dies aus dem Westen in Erfahrung gebracht. Dies traf nur auf die so genannte Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag zu, deren Existenz offiziell geleugnet wurde, obwohl sie in der Sowjetunion in internen Parteiversammlungen verlesen wurde.

Der Rückblick auf das Jahr 1956 bestätigt: Nikita Chruschtschow und andere Führer erinnern in ihrer damaligen Rolle an Zauberlehrlinge, denen der von ihnen initiierte Reformprozess aus verschiedenen Gründen aus der Kontrolle geriet, so dass sie ihn schließlich selbst, vor allem aus machtpolitischen Ängsten, blockierten. Wie man die Ereignisse in Polen und in Ungarn im Herbst 1956 auch immer einschätzt, sie wurden ohne Zweifel von der Notwendigkeit einer Kurskorrektur hervorgerufen, wozu der XX. Parteitag der KPdSU die

Möglichkeit zu bieten schien. Doch es waren besonders sie, die der durch die sowjetische Führung nach wie vor beanspruchten und ausgeübten machtpolitischen Kontrolle entglitten. So trugen sie ihrerseits ungewollt bei, dass den entfesselten Reformbestrebungen Schranken gesetzt wurden und die Periode des „Taufwitters“ abgebrochen wurde.

Prokop rekonstruiert in mühsamer Kleinarbeit aus vielen direkten und indirekten Quellen, wie in der DDR Intellektuelle (Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Studenten) aber auch ausgewählte Politiker, auf die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgehenden Impulse und auf die entsprechende Position der SED-Führung reagierten. Die subjektiven und objektiven Grenzen und Blockaden der Kurskorrektur hatten zur Konsequenz, dass die an Ideen reichen Debatten darüber, wie der Sozialismus hätte reformiert und weiter entwickelt werden können, als sozialismusinterne Opposition erscheinen mussten und – was die DDR angeht – schließlich von der Führung unter Walter Ulbricht verfolgt und bekämpft wurden.

In einem ausführlichen Kapitel behandelt Prokop im historischen Überblick und im wesentlichen bezogen auf die Vorgänge in der DDR das Jahr 1956 als „Jahr der ‚Erdstöße‘“. Da viele der zu korrigierenden Probleme auf sowjetischen Einfluss bzw. auf die Übernahme des sowjetischen Sozialismus-Modells zurückzuführen waren, spielte in den Diskussionen in den Intellektuellen- und Künstlerkreisen der DDR die Option eines spezifischen deutschen Weges zum Sozialismus erneut eine besondere Rolle, was auch dazu führte, die in

der DDR praktizierten sowjetische Methoden in der Gesellschaftsgestaltung, der Wirtschaftspolitik, in der Wissenschafts- und Kulturpolitik sowie hinsichtlich des „demokratischen Zentralismus“ und der undemokratischen hierarchischen Parteistruktur kritisch zu bewerten und zum Teil abzulehnen und über eigene Alternativkonzepte nachzudenken. Prokop verweist im konkreten Zusammenhang auf entsprechende Papiere, die damals ausgearbeitet und im kleinen Kreis von Eingeweihten diskutiert worden waren. Hierbei offenbarte sich eines der generellen Defizite in den sozialistischen Gesellschaften, darin bestehend, dass an sich notwendige kritische Diskussionen über Fehler und Mängel sozialistischer Entwicklung sowie über Reformalternativen, um diese Fehler und Mängel zu überwinden, unterdrückt wurden. Zwar gab es zunächst nach dem XX. Parteitag, so auch in der DDR, eine Lockerung, die jedoch nicht lange anhielt. Hierin lag ein wesentlicher Grund für die von Prokop aufgezeigte Zuspitzung des ideologischen, politischen und moralischen Konflikts zwischen der SED-Führung unter Ulbricht und jenen Kräften, die sodann als revisionistische Oppositionelle galten. Im November beschloss das Politbüro der SED sogar „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“. (96)

Es folgen zwei Kapitel, die in systematischer und chronologischer Weise thematisch den Inhalt des vorhergehenden allgemeinen historischen Abrisses vertiefen, ergänzen, aber zum Teil auch wiederholen: ein Kapitel über den „Kreis der Gleichgesinnten“ um Gustav Just, Walter Janka, Wolf-

gang Harich, Heinz Zöger u. a., die Kontakte pflegten zum Beispiel zu Ernst Bloch, Hans Mayer, Georg Lukács, Berthold Brecht, Wieland Herzfelde, Henry Lefebvre, Leszek Kolakowski, sowie ein Kapitel über die „Kulturbunddebatten 1956/57“.

Der „Kreis der Gleichgesinnten“ gruppierte sich um den Aufbau-Verlag, dessen Leiter Walter Janka war. Für die von ihnen diskutierten alternativen Reformvorstellungen lieferte besonders Wolfgang Harich wesentliche Ideen, der sie im November 1956 in einer Plattform zusammenfasste. Ihm war es sogar gelungen, Gespräche mit Ulbricht und mit Sowjetbotschafter Puschkin zu führen. Tragende Gedanken drehten sich um die demokratische Überwindung der deutschen Spaltung und um die Reformierung des Sozialismus, um Ziele also, die zu jener Zeit kaum noch zu vereinbaren waren. Zu diesem Zweck knüpfte Harich Kontakte zu Funktionären der SPD, namentlich zu Vertretern des Ostbüros der SPD. Ihn musste erst ein westdeutscher Bekannter darauf aufmerksam machen, dass seine Kontaktpartner geheimdienstlich tätig waren. Es war schon hochgradig naiv, von Leuten, die auftragsgemäß die DDR und deren Sozialismus zu liquidieren beabsichtigten, Hilfe für die Erneuerung des Sozialismus zu erwarten.

Ein zentrales Anliegen des „Kreises der Gleichgesinnten“ bestand darin, Ulbricht in dessen Eigenschaft als Erster Sekretär der SED abzulösen und zu ersetzen. Gedacht war u. a. an Paul Merker. Tatsächlich hatte Ulbricht 1956 eine erbärmliche, zum Teil zynische Rolle gespielt. Dennoch bleibt die Frage offen, welchen politi-

schen Spielraum er in seiner Verantwortung aufgrund der stets bedrohten Existenz der DDR und der gebieterischen Dominanz der UdSSR besaß und ob ein anderer in Anbetracht gleicher Zwänge an Ulbrichts Stelle größeren Spielraum gehabt hätte und eine grundsätzlich andere Politik hätte machen können. Immerhin musste sich Harich von Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein, keineswegs ein Freund der DDR, folgendes Urteil über Ulbricht sagen lassen: Ulbricht sei ein sehr energischer und geschickter Mann und den meisten anderen Parteiführern im Ostblock überlegen. Es komme nicht auf einen Führungswechsel in der SED an, sondern auf die Linie der Moskauer Politik. Wenn diese Linie richtig sei und das werde sie nach den polnischen und ungarischen Erfahrungen sicher werden, dann werde Ulbricht diese Linie in der DDR energischer und gründlicher durchführen, als seine Kollegen in den osteuropäischen Ländern. (200)

Aufschlussreich ist die Darstellung der Debatten im Kulturbund der DDR, an denen sich auch Kulturminister Johannes R. Becher, Alexander Abusch, Klaus Gysi, die Professoren Rienäcker, Meusel, Schwarz, Brugsch aktiv beteiligten. Man erfährt, wie verbreitet damals das Unbehagen über die sozialistische Realität und die Suche nach einem besseren Sozialismus waren. Informativ sind die Berichte im Kulturbund über die aktive Teilnahme von Prominenten aus der DDR an den Gesamtdeutschen Kulturtagen.

Im Anhang hat Prokop verschiedene Analysen zur Lage der Intelligenz im Jahre 1956 zusammengestellt, aus denen die Vorbehalte und das Misstrauen der Führung gegenüber den

Intellektuellen zum Ausdruck kommen. Nützlich sind am Schluss kurze biographische Abrisse der im Buch vorkommenden Akteure.

Dass sich Prokop auf die Debatten der Intellektuellen in der DDR beschränkt, ist durchaus vertretbar. Wenn aber, wie im Titel, die Möglichkeit eines allein auf die DDR bezogenen Scheideweges suggeriert wird, erweckt das ernsthafte Zweifel. Vielmehr standen am Scheideweg alle sozialistischen Länder gemeinsam sowie in einer zwingenden Abhängigkeit von einander und in erster Linie von der Sowjetunion. Jedes einzelne Land, sofern es sowjetischer Hegemonie und Interessenlage unterworfen war, hätte damals eine tiefgreifende reformerische Kurskorrektur nur erfolgreich durchsetzen können, wenn die UdSSR das Beispiel und die Billigung dafür gegeben hätte. Im Endeffekt bestätigen auch die polnischen und die ungarischen Erfahrungen diese Tatsache. Und dass damals kein Scheideweg beschritten, das sowjetische Gesellschafts-, Wirtschafts-, Macht- und Parteimodell de facto beibehalten wurde und dass die neuen Herausforderungen der Zeit missachtet wurden, erklärt den langfristig und latent wirkenden Erosionsprozess der sozialistischen Ordnungen in Europa, der mit dem Kollaps von 1989-1991 endete. Für die gegenwärtig von Sozialisten und Kommunisten geführten Debatten über die Ursachen des Scheiterns der europäischen sozialistischen Ordnungen und über ein neues, reformiertes Sozialismusverständnis bietet dieses Buch wertvolle Anregungen.

Harald Neubert

Friedens-Aktivität = Staatsgefährdung?!

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozeß 1959/60. PapyRossa Verlag, Köln 2006, 380 Seiten, 24,- Euro.

Das Geschichtsbild der Alt-BRD war und ist kräftig retuschiert: dieser Staat von US-Gnaden vollzog angeblich eine erfreuliche demokratische Entwicklung! Tabuisiert bleiben widersprüchliche prägende Ereignisse, die man aus dem individuellen Bewußtsein und aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt. Das unleugbare Faktum, daß schwer belastete höchste Amtswalter des faschistischen Reiches in der Alt-BRD maßgeblichen Einfluß erreichten und das Geschichtsbild zu ihrer Entlastung sowie in ihrem Sonder-Interesse formten, wird ebenso zu tabuisieren versucht wie die Kriminalisierung all derer, die vernünftige Konsequenzen aus den Lektionen der deutschen Geschichte zogen. Dieser Antagonismus ist nachwirkender Teil westdeutscher Zeitgeschichte.

Ein eklatanter Fall solcher Tabuisierung ist der verfassungs- und völkerrechtswidrige Gesinnungsprozeß gegen das Westdeutsche Friedenskomitee (WFK) und die Verurteilung von dessen Spitzenfunktionären wegen „Staatsgefährdung“. Vom 10. 11. 1959 bis 8. 4. 1960 dauerte dieses skandalöse Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Düsseldorf. Angeklagt waren die SPD-Funktionärin E. Hoereth-Menge, die todkrank in den Gerichtssaal getragen wurde, Pastor Oberhof, Pfarrer a. D., KPD-Landtagsabgeordneter und

antifaschistischer Widerständler E. Eckert, der Christ W. Diehl, der im Spanischen Bürgerkrieg für die Republik einst tätige KPD-Aktivist G. Wohlrath, G. Thiefes und E. Kompalla, die der zweite Weltkrieg zu Antimilitaristen machte. Als Verteidiger wirkten Dr. W. Amann, RA H. Hannover, Prof. Dr. K. Kaul/DDR, Dr. D. Posser und Kronanwalt D. N. Pritt/Britannien. Deren clevere Zerpfückung der Anklageschrift und mehrfache Nachweise von Rechtsbrüchen durch die Staatsanwälte Kopper und Stinshoff und Landsgerechtdirektor Dr. Meyer vermochte am Urteil wegen „Rädelsführerschaft in einer verfassungswidrigen Vereinigung“ nichts zu ändern. Dazu Kronanwalt Pritt: Das Urteil stand bei Prozeßbeginn fest!

Nun liegt ein von F.-M. Balzer herausgegebenes Buch über diesen dem Grundgesetz widersprechenden Prozeß vor: „Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozeß 1959/60“. Rechtsanwalt Dr. Heinrich Hannover präsentiert in der Einleitung eine Fülle der „vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges“, zu denen auch die zu Unrecht verurteilten Leiter des WFK gehören. Eine lange Serie ähnlicher Gesinnungsprozesse charakterisiert die Alt-BRD unter der autoritär gehandhabten Kanzlerschaft Adenauers (10-18). Im zweiten Teil des höchst informativen Buches kommen die Verteidiger zu Wort, die mit vielen Details den politischen Hintergrund und die Rechtsbrüche der Anklage belegen (20-172). „Aus der Sicht der DDR“ heißt der dritte Teil mit einer Gerichtsreportage und

Pressestimmen. Dabei erfährt man auch einige Aussagen von Zeugen: Weltkirchenpräsident M. Niemöller, Frau Prof. K. Fassbinder sowie internationale Repräsentanten des Weltfriedensrates (174-305). „Nachbetrachtungen“ von Kronanwalt Pritt, RA H. Hannover, W. Diehl und F.-M. Balzer ergänzen die Ausführungen (308-362). Ein Anhang erleichtert dem Leser das Zurechtfinden in diesem Werk.

Der Verteidiger Dr. Posser sprach vom „bedeutendsten politischen Strafprozeß seit Bestehen der Bundesrepublik“. In der Tat kam es den Herrschenden im antisowjetischen Bollwerk mit dem Anti-Kommunismus als Staatsdoktrin darauf an, jede potentielle Renitenz zu diffamieren, zu isolieren und zu kriminalisieren. Alle, die mit konkreten Alternativen gegen die kriegsträchtige und antiemanzipatorische Praxis der CDU-geführten Regierung antraten, wurden als „Staatsfeinde“ gebrandmarkt. Richter, die bereits vor dem 8. 5. 1945 „Recht sprachen“ im Dienste ihres Führers, verurteilten nun „im Namen des Volkes“ viele, die bereits im NS-Staat vor Gericht standen. Diejenigen, die an dieser rechtswidrigen Gesinnungsjustiz beteiligt waren, beugten wesentlich Verfassungs- und Völkerrecht – es sei denn, sie wären Dummköpfe gewesen, was nicht unterstellt wird. Der Vorsatz zur Rechtsbeugung war also vorhanden. Selbst wenn politische Vorgaben solche Rechtsbrüche begünstigten: Das mindert nicht die Schuld, die diese Herren in Roben traf.

Zwar erhielten die Angeklagten ihre Strafen auf Bewährung; Frau E. Hoereth-Menge starb kurz nach dem Ur-

teil. Aber der Unrechtsstaat, der die BRD in solchen Fällen war, konnte auch dadurch nicht aus der Welt geschafft werden, weil in anderen nicht-politischen Fällen Recht gesprochen wurde.

In der Hysterie des Kalten Krieges, die von den Ex-Nazis, Rechtskonservativen und Deutschnationalen im Bonner Staat mitgeschürt wurde, sollte das zarte Pflänzchen der Demokratie zu Gunsten des alten Obrigkeits- und Militärstaates zerstört werden. Eine starke parlamentarische und außerparlamentarische Opposition vermochte daran wenig zu ändern. Das Bestreben, „den Kommunismus in Europa zurückzurollen“ (F.J. Strauß), auch mit militärischen Mitteln, mußte jede Aktivität für Friedenssicherung als „Gefahr“ erscheinen lassen.

Bereits 1960 erschien „ein dokumentarischer Prozessbericht“ mit dem Titel „Staatsgefährdung?“ von H. Krauschutski. Nur wenigen ist er bekannt. Insofern ist man dankbar, daß nun ein Buch über diesen das Wesen der Alt-BRD verdeutlichenden Gesinnungsprozeß vorliegt. Diesem Buch ist eine große Verbreitung zu wünschen – auch um mit den Tabus aufzuräumen, die das retuschierte Geschichtsbild der Alt-BRD enthält.

Lorenz Knorr

Gorbatschows angeblicher Masterplan

Joseph Pozsgai, Der Preis der Wende. Gorbatschows Masterplan für den Systemwechsel. München, Olzog Verlag, 2006, 246 S., 24,90 Euro

Das Anliegen des ungarischen Vf. ist allzu offensichtlich. Ihm geht es dar-

um, aus einer undifferenziert anti-kommunistischen Grundhaltung heraus kommunistische Bewegung und Sozialismus historisch, politisch und moralisch ins Unrecht zu setzen. Hierzu bedient er sich einer konstruierten Mischung aus unbewiesenen Behauptungen, Halbwahrheiten und auch zahlreichen unbestreitbar deprimierenden Tatsachen. Bereits der Untertitel, Gorbatschow habe von Anfang an einen Masterplan zur Liquidierung des Sozialismus besessen, führt in die Irre. Wenngleich er dies in der Einführung relativiert, indem er von einer Vermutung spricht, dass „zwischen Ost und West, genauer gesagt zwischen Moskau und Washington, eine Übereinkunft bezüglich der Modalitäten eines friedlichen Abbaus des kommunistischen Systems in der Sowjetunion und in deren osteuropäischem Machtbereich getroffen“ worden wäre, vermag er dafür keine überzeugenden Beweise zu erbringen. Auf welche „vertraulichen Quellen“ er sich bezieht, erfährt der Leser nicht. Das vermutete „geheime Drehbuch“, „die Wende in Form einer ‚sanften Revolution‘“ durchzuführen, sollte angeblich bezwecken, dass westlicherseits „peinliche Fragen über die politische Kriminalität der Vergangenheit nicht gestellt werden sollten“. (10 f.) Als Vergangenheitsbewältigung, deren Ausbleiben der Vf. beklagt, versteht er die strafrechtliche Abrechnung mit den Funktionsträgern im Sozialismus.

Nun besteht durchaus kein Grund, Gorbatschows Rolle, in der sich dieser durch politische Scharlatanerie, Unehrllichkeit und Doppelzüngigkeit auszeichnete, mit Nachsicht zu beurteilen, aber auch nicht zu überschät-

zen. Denn es ist offenkundig, wie auch viele Sachkenner einschätzen, dass Gorbatschow den komplizierten Aufgaben nicht gewachsen war – allerdings Aufgaben, die vermutlich auch bei kluger Politik nicht mehr hätten gelöst werden können – und dass er weder einen konstruktiven strategischen Plan zur Reformierung des sowjetischen Sozialismus noch zu einer einvernehmlichen Koexistenz der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme besaß. Deshalb trifft es nicht den Kern, wenn der Vf. „Gorbatschows Pläne zur Abschaffung der Kommunismus“ für Washington als einen „seltenen politischer Glücksfall“ bezeichnet, denn der tatsächliche politische Glücksfall für die USA waren nicht ausgeklügelte Pläne, sondern vielmehr die politische Naivität und der Opportunismus Gorbatschows, sein ursprüngliches Anliegen, ausgerechnet mit amerikanischer Hilfe die Rettung und Sanierung des Sozialismus in der UdSSR zu verwirklichen und deshalb auf die Aufrechterhaltung des globalen Machtgleichgewichts zu verzichten. Ohne Zweifel sind solche Überlegungen dem Vf. fremd, da er die Auflösung der UdSSR und die Beseitigung ihrer sozialistischen Ordnung als unausbleibliche Konsequenz des „verbrecherischen Wesens des Kommunismus“ ansieht.

Seinen historischen Diskurs beginnt er nicht mit der Oktoberrevolution, sondern mit den Pariser Verträgen nach dem ersten Weltkrieg. Nostalgisch beschäftigt ihn die Frage, „wie sich die politische Konstellation in Osteuropa entwickelt hätte, wenn Frankreich und Großbritannien nicht beschlossen hätten, als Sieger des Ers-

ten Weltkrieges Österreich-Ungarn zu zerschlagen und aufzuteilen“, da die Doppelmonarchie als Vielvölkerstaat zugleich integrierende Ordnungsmacht gewesen wäre. Und der deutsche Generalstab hätte einen folgenreicheren Fehler begangen, dass er „Lenin aus der Schweiz nach Finnland transportierte, um ihn in Russland die kommunistische Revolution leiten zu lassen“. (44) Es war sodann der Sieg über Hitlerdeutschland, der es Stalin ermöglicht hätte, „Zwischeneuropa unter sowjetische Herrschaft zu bringen“. Von einer berechtigten Abrechnung der Völker mit imperialistischer Kriegspolitik, die das kapitalistische System sowohl 1917/18 wie auch 1945 in eine tiefe Krise und die Völker ins Elend gestürzt hatte, ist dabei nicht die Rede. Ohne Zweifel betrieb Stalin russische Großmachtspolitik, doch ging es ihm nach den bitteren Erfahrungen seines Landes in den zwei Weltkriegen in erster Linie um außenpolitische Sicherheit, was z. B. auch US-Präsident Roosevelt anerkannte, und weniger um territoriale Expansion, schon gar nicht in Richtung Westeuropa. Der Vf. verschweigt in seiner Parteinahme für das Schicksal Ungarns, dass das pro-faschistische Ungarn an der Seite Hitlerdeutschlands an der Aggression gegen die Sowjetunion beteiligt war, was nicht ohne Folgen bleiben konnte.

Vom Standpunkt des Vf. dienten die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz und das Vertragssystem der 70er Jahre, insbesondere die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki, allein den Versorgungsbedürfnissen der Sowjetgesellschaft sowie der „Akzeptanz der nach dem Krieg in Osteuropa entstandenen ‚Realitäten‘ –

/der/ Anerkennung der Sowjetisierung Osteuropas“ (55), als sei es bei der Entspannungspolitik dem Osten nicht in erster Linie um die Verminderung der Kriegsgefahr gegangen, die besonders im Westen einflussreiche Protagonisten hatte.

In den nachfolgenden Kapiteln behandelt der Vf. die inneren Prozesse und Ereignisse der sozialistischen Länder, und zwar einseitig unter dem Aspekt eines a priori unvermeidlichen Versagens des sowjetischen Sozialismusmodells. Hierbei benennt er undifferenziert vielfältige Faktoren, die dies seiner Meinung nach alternativlos bewirken mussten. Ausführlich geht er in diesem Zusammenhang auf die krisenhaften Erschütterungen in den sozialistischen Ländern ein, so auf den „Arbeiteraufstand“ am 17. Juni 1953 in der DDR, auf den Oktoberaufstand 1956 in Ungarn, auf den „Prager Frühling“ 1968.

Es werden abstruse Behauptungen aufgestellt, um den gesellschaftspolitischen Realitäten generell den sozialistischen Charakter absprechen zu können. „Wenn man kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme analysiert, kommt man schnell zu dem Schluss, dass es sich um die primitivsten Formen des Kapitalismus handelt.“ Es habe weder eine Diktatur des Proletariats (im Marxschen Sinne), worüber man durchaus streiten kann, noch eine Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gegeben. (57) „Cliques bürgerlicher Berufsrevolutionäre“ hätten die Macht besessen und hätten sich die Produktionsmittel angeeignet, um die Arbeiter auszubeuten und sich die Profite anzueignen. Da es offenbar nicht das Grundanliegen des Buches

bestätigen würde, werden soziale Sicherheit, soziale Leistungen, die kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften, die, wenn auch bescheidene Verbreitung sozialistischer Werte in der Bevölkerung u. a. m. überhaupt einer Erwähnung nicht für würdig befunden. Und gerade mit einem Großteil der „Profite“ wurden die gewaltigen Aufwendungen für Bildung, Gesundheitswesen, Kultur, Kinder- und Familienförderung usw. finanziert. Es passt nicht ins Bild, dass die kommunistischen Führungen nicht nur in der allgemeinen Tradition der europäischen Arbeiterbewegung standen, sondern trotz aller Irrtümer und Fehlentscheidungen die alten Ziele dieser Bewegung zu realisieren bemüht waren.

Ohne Zweifel bildete die deutsche Frage einen Angelpunkt für die Zukunft Osteuropas. Was der Vf. allerdings zu den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und der Rolle der DDR im besonderen ausführt, zeugt von beträchtlicher Ignoranz. Der „deutsch-deutsche Frühling“ war in den 1980er Jahren nicht, wie behauptet, „mit dem Segen der beiden Supermächte angebrochen“, sondern resultierte aus der Sorge beider deutschen Regierungen, in einem militärischen Konflikt würde ganz Deutschland ausradiert werden, also aus einer Distanzierung zu der abenteuerlichen Hochrüstungspolitik der Supermächte. Es ist auch ein Fehlurteil, dass die DDR nach 1984 „unter sowjetischem Druck die deutsch-deutsche Annäherung in beschleunigtem Tempo“ voranzutreiben“ suchte. (118-119) Im Gegenteil war die DDR-Führung schon seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre der

Kritik der sowjetischen Führung ausgesetzt, so wegen der konsumorientierten Sozialpolitik und den Vorbehalten gegenüber der Raketen-Nachrüstung auf deutschem Boden. Es war selbst noch Gorbatschow 1986/87, der bestrebt war, eine geplante Reise Honeckers in die BRD zu unterbinden, weil sich die UdSSR vorbehielt, die Politik des sozialistischen Blocks gegenüber dem Westen allein zu bestimmen. Übrigens hatte Moskau damals bereits über geheime Kanäle hinter dem Rücken der DDR Verhandlungen mit der BRD-Regierung betrieben. Der Vf. konstatiert selbst, dass unter den „Ostblockländern“ tiefe Interessengegensätze auftraten, die zuvor von der „erzwungenen Blockdisziplin überdeckt worden waren“. (152)

Mit vielen langen Zitaten aus Publikationen anderer Autoren skizziert der Vf. sodann die fortschreitende Erosion der Sowjetgesellschaft. Tatsächlich nahmen Korruption, mafiose Strukturen, die Kluft zwischen der privilegierten Nomenklatur und den Volksmassen immer mehr zu. Gorbatschows geheimes Drehbuch sei aber nicht aufgegangen, weil die eingeleiteten Umwälzungen außer Kontrolle geraten wären. (150) In einem „grenzenlosen Wirrwar“ habe als einziger „Ordnungsfaktor“ die Tatsache gewirkt, dass Gorbatschow der alten Nomenklatur und dem KGB den Zugang zum Staatsvermögen öffnete, wodurch er sich deren Zustimmung zu seiner Perestrojka zwecks Liquidierung des Sozialismus gesichert hätte. Gorbatschow habe so den „Grundstein für die Privatisierung“ gelegt. (156 ff.)

Im gleichen Sinne behandelt der Vf.

die Umbrüche in den anderen osteuropäischen Ländern, deren beschwerlichen Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft, wobei er auf Ungarn besonders ausführlich eingeht. In Bezug auf die DDR verweist er auf die „misslungene Privatisierung“ der Wirtschaft und zitiert hierbei Siegfried Wenzel, ehemals stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, dass die Treuhand ein geschätztes produktives Vermögen von 600 Milliarden Mark in einen Schuldenberg von 264 Milliarden Mark verwandelte. (222)

Zum Schluss findet der „unbekannte Putin“ Erwähnung. „Der lautlose Machtwechsel von Jelzin zu Putin im Kreml Ende 1999 war eine politische Meisterleistung. Ein Schachzug echter Profis, die keine Risiken eingehen.“ Es sei mit dem Versprechen, Ordnung im Lande zu schaffen, ein Übergang zu einer gelenkten Demokratie gewesen. (229) Also noch ein Masterplan?

Harald Neubert

K-Gruppen

Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2005, 358 Seiten, 39,90 Euro

Die Totalitarismustheorie erfreut sich seit der Implosion der realexistierenden sozialistischen Staaten erneut großer Beliebtheit. Einer ihrer Befürworter – Ernst Nolte – konstatierte Anfang der 90er Jahre mit Genugtuung, dass kaum ein Begriff einen so überwältigenden Sieg im alltäglichen

chen Leben errungen habe wie der des Totalitarismus. Doch nicht nur im alltäglichen Leben, sondern auch in der Wissenschaft ist das Totalitarismuskonzept, wenn auch nicht unumstritten, so doch weitgehend dominierendes Paradigma. Zahlreiche Studien und Institute sind ihm verpflichtet. Die ehemalige linksliberale Abwehrhaltung hat sich, nachdem sich ihr prominentester Vertreter, Jürgen Habermas, zum Antitotalitarismus bekannte, nahezu vollständig verflüchtigt. Ausnahmen wie gelegentliche Kommentare Franziska Augsteins in der Süddeutschen Zeitung bestätigen die Regel. Äußerungen in feuilletonistischen Debatten, wie die von Götz Aly im Zuge der Auseinandersetzung um Wolfgang Kraushaars Buch „Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus“, wonach die Achtundsechziger ihren Eltern vor allem im Antisemitismus auf elende Weise ähnlich seien (Die Welt 16.07.05), sind Vermittlungen, die die Erkenntnisse wissenschaftlicher Arbeiten überspitzen und den Alltagsverstand prägen.

Eine solche wissenschaftliche Arbeit ist die Dissertation von Andreas Kühn „Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre“. Axiomatisch setzt der Autor die Totalitarismustheorie als theoretische Grundlage seiner Untersuchung. An keiner Stelle des Buches wird diese Entscheidung begründet. So verwundert es nicht, wenn der Autor die K-Gruppen mit anderen totalitären Jugendbewegungen parallelisiert. Formulierungen wie „Erziehungsmethoden“, „Heidenkulturen“, „Mutterkreuzideologien“ oder „Führer- und

Jugendverehrungen wie bei den Nazis“ und die Phrase von „rationaler Kälte, die den Technokraten des Reichssicherheitshauptamts gleichkam“, erinnern doch eher an Abrechnungsberichte von einstigen K-Gruppen-Aktivistinnen denn an eine seriöse wissenschaftliche Untersuchung.

Nicht nur solche Formulierungen sind problematisch, die zentrale Fragestellung der Arbeit selbst ist es. Sie lautet: „Wie konnte es dazu kommen, dass in einer Periode, die bis heute in der Öffentlichkeit als eine Ära der Reformen wahrgenommen wird, eine beachtliche Menge junger, intelligenter und zum Teil auch hochqualifizierter Menschen totalitäre Ziele anstrebte, weil sie die Reformierbarkeit der Gesellschaft verneinte?“ (15). Die Konzentration auf totalitäre Ziele und Ideologie vernachlässigt eine Einordnung in die damaligen tatsächlichen gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn Kühn von den 1970ern als Reformperiode spricht und Willy Brandts Motto „Mehr Demokratie wagen“ offenbar positiv konnotierend erwähnt, fehlt der Hinweis, dass Brandt auch Repressalien wie den Radikalenerlass zu verantworten hat. Ob damit das Urteil des Autors über den Realitätsverlust der K-Gruppen hinsichtlich staatlicher Repression keine Grundlage mehr hat, ist fraglich, aber relativiert werden muss.

Stark zweifelhaft erscheint ferner Kühns Antwort auf die Fragestellung seiner Arbeit, die den Generationenkonflikt der K-Gruppen gegen ihre nationalsozialistische Elterngeneration als Ursache dafür sieht, dass diese sich nun gleichsam einer totalitären Ideologie zuwandten: „Die Generati-

on, die angetreten war, ‚Auschwitz‘ zu verarbeiten, gebar eine Generationskohorte, die Konzentrationslager in der Sowjetunion Stalins, im China Maos oder im Kambodscha Pol Pots ausdrücklich rechtfertigte.“ (15) Neben der Verwischung der Unterschiede zwischen Konzentrations- und Vernichtungslagern, 68er Bewegung und K-Gruppen, ist das Hauptproblem, dass für Kühn, der auch hier der Totalitarismustheorie folgt – kommunistische bzw. marxistische und Nazi-Weltanschauung gleichermaßen inhuman sind. Insofern wird auch nicht der Widerspruch zwischen einer emanzipatorischen Weltanschauung, die dem Marxismus zugrunde liegt, und einer in der Tat terroristischen Praxis bspw. in der Stalin’schen Sowjetunion diskutiert.

Nichtsdestotrotz bietet die Studie einen interessanten Einblick in das Innenleben der K-Gruppen der 70er Jahre in der Bundesrepublik – vor allem da das Thema bislang ein Forschungsdesiderat ist. Kühn gibt einen organisationspolitischen Abriss der drei größten K-Gruppen KPD/ML, KPD/AO und KBW; sein Schwerpunkt liegt dem Anspruch nach jedoch auf der „Erschließung eines kulturellen Feldes“, „in welchem Faktoren wie Imagination und Historisierung, gleichsam die Verweigerung des Realen, die Hauptrolle spielen.“ (11) Als Quellenmaterial dienen autobiografisch-literarische Texte und Archivalien, in erster Linie die Zentralorgane der genannten K-Gruppen.

Eine adäquate Erforschung der K-Gruppen müsste das Verhältnis zur 68er-Bewegung in Hinblick auf Kontinuität und Bruch differenzierter bestimmen. Kühns Studie bietet zwar

Material für künftige Forschungen, weist jedoch die bereits erwähnten Probleme auf.

Guido Speckmann

Negatives „Kapital“

Christian Iber, Grundzüge der Marx’schen Kapitalismustheorie, Parerga-Verlag, Berlin 2005, 354 S., 27,80 Euro

Die konzeptionelle Bandbreite an Kommentaren zum Marx’schen „Kapital“, die in den letzten Jahren allein im deutschsprachigen Raum erschienen sind, ist beachtlich. Da gibt es eher paraphrasierende Werke zum ersten Band mit Graphiken für Eilige (Altwater 1999), auf die ersten Kapitel konzentrierte, ebenso tiefeschürfende wie ausufernde Rekonstruktionen (Wolf 2002), kommentierte Textteile aus allen drei Bänden, denen biographische und wirkungsgeschichtliche Kapitel zur Seite gestellt werden (Berger 2003) oder auch meisterhafte Miniaturen, die sich zwar vor allem an den drei Bänden orientieren, aber zugleich werk- und wirkungsgeschichtlich reflektierte Grundintentionen ausarbeiten (Heinrich 2004). Der Hegel-Experte Christian Iber präsentiert mit seinem 2005 erschienenen Beitrag nun eine Variante, die als systematischer Kommentar zum ersten Band angelegt wurde und aus einführenden Vorlesungen an der FU Berlin hervorgegangen ist. Iber gelingt dabei ohne langatmige Paraphrasierungen des Originaltextes eine Balance zwischen der Nachzeichnung von Kernargumenten der einzelnen Kapitel, theoretischen Reflexionen auf die Differenzen zwischen Ökonomiekritik auf der

einen, klassischer Volkswirtschaftslehre und Sozialphilosophie auf der anderen Seite sowie einer am Text einsichtig gemachten Abgrenzung der Marx'schen Intentionen zu deren „traditionsmarxistischen“ Lesarten.

Inhaltlich pointiert Iber, ähnlich wie Heinrich und Postone, den „radikalen Negativismus“ (17) des Marx'schen Ansatzes: Hier werde nicht versucht, die Ideale der bürgerlichen Gesellschaft für eine Kritik des Kapitalismus positiv in Anspruch zu nehmen, sondern umgekehrt nachgewiesen, dass noch diese Ideale bloß idealisierte Bestimmungen der einfachen Zirkulation seien und wie diese einen untrennbaren Zusammenhang mit sozialer Unfreiheit und Ungleichheit eingehen müssen (73, 131f.). Dem Versuch, die Verhältnisse des Kapitalismus ausgehend von der vermeintlich harmonischen Sphäre des „einfachen“ Warentauschs zu kritisieren, stehe das „Kapital“ als monetäre Kapitaltheorie des Werts (119) entgegen, die sich von den, auch im marxistischen Kontext beliebten, Nützlichkeits-theorien des Geldes und historisierenden Betrachtungen zur sog. „einfachen Warenproduktion“ abgrenzen lasse (48f., 89f.). Gegenüber linearen Kausalitätsvorstellungen, die häufig an die Marx'schen Erörterungen des Zusammenhangs von Ware, Geld und Kapital angelegt werden, verweist Iber auf die logisch-begriffliche Ableitung der komplexen Reichtumsformen aus der Ware, die zugleich die empirische Vorausgesetztheit bzw. Gleichzeitigkeit von Geld und Kapital impliziere (49). Der Wert ist demnach notwendig auf seine gegenständlichen (Geld) und prozessualen (Kapital)

Existenzformen angewiesen, die ihrerseits ohne Rekurs auf den Wert als ihrem verborgenen Grund nicht rational erklärt werden können. Methodisch sei dieser Kontext von Reichtumsformen mittels dialektischer Darstellung als Form wissenschaftlicher Begründung einzuholen, die „beansprucht, die ökonomischen Formbestimmungen als notwendige und damit als in ihrer Wirklichkeit begriffene zu erarbeiten“ (62). Nun wird zwar von Iber zu Recht kritisiert, dass philosophische Interpretationen der Marx'schen Dialektik diese oft unabhängig von der Erörterung der Sachproblematik des „Kapital“ zu fassen versuchen und damit im schlechten Sinne abstrakt werden (12). Doch wären einige metatheoretische Reflexionen auch im Zuge der Rekonstruktion der Sache nicht von Schaden gewesen. Leider belässt Iber es dabei, z.B. die Verwechslung von „objektiver“ und „argumentationslogischer“ Widersprüchlichkeit zu kritisieren (51f.), ohne näher zu erläutern, was unter einem objektiven Widerspruch denn genau zu verstehen sei. Auch der von Narski stammende Begriff der Problemantinomie wird im Rahmen der Ausführungen zum vierten Kapitel verwendet (122), ohne dessen Verhältnis zum dialektischen Widerspruch kenntlich zu machen.

Neben solcher Zurückhaltung in methodologischer Hinsicht sind indes auch einige inhaltliche Positionen kritikwürdig. Ob Marx' Veränderungen der Wertformanalyse von der Erst- zur Zweitauflage wirklich „sachlich [...] motiviert“ (61) sind und ob die handlungstheoretische Erklärung des Geldes im zweiten Kapitel keine über die Wertformana-

lyse hinausgehende begründungstheoretische Funktion aufweist, darf bezweifelt werden. Ibers Bestimmung der Werts substanz als „gesellschaftlich verursachte Naturalisierung“ konkreter Arbeit, die damit „tendenziell auf Verausgabung im Sinne von Verschleiß natürlicher Körperkräfte [...] reduziert wird“ (39, vgl. auch 142), beruht offensichtlich auf einer irrtümlichen Identifizierung der abstrakten Arbeit mit einer bestimmten Sorte konkreter Arbeit. Wenn Iber zudem behauptet, es sei die „Herrschaft des Werts über die gesellschaftliche Arbeit, die diese zur abstrakt-menschlichen macht, weil sie ganz praktisch bewirkt, daß sich die Arbeit gleichgültig gegen ihren eigenen Charakter als konkret-nützliche verhalten muß“ (40f.), so wird die Konfusion dadurch noch gesteigert. Hier wird plötzlich das, was gerade noch als Produkt der abstrakten Arbeit (d.h. des Wertgrunds) galt, nämlich der Wert, zur Ursache seiner eigenen Ursache erklärt – ein fehlerhafter Zirkel, der mit Dialektik nichts zu tun haben dürfte: Es wird vielmehr ein logisches und historisches *Resultat* der realen Subsumtion des Arbeitsprozesses unter das Kapital (vgl. auch 177) zur logischen Erklärung des Werts herangezogen. Der Versuch, den Charakter des Werts als nicht bloß horizontales Verhältnis von Waren im Austausch, sondern auch vertikale Relation zur gesellschaftlichen Arbeit aus dem Umstand zu begründen, dass die „Zweckbestimmung“ der Ware als Produkt für den Austausch „schon bei ihrer Produktion in Betracht kommt“ (35), vermag ebenso wenig zu überzeugen; werden doch damit

die subjektiven, wenn auch nicht willkürlichen (weil ja durch die Produktionsverhältnisse bedingen), Zwecksetzungen der Produzenten im unmittelbaren Produktionsakt zum Wertgrund erhoben.

Die im „Kapital“ verhandelten werttheoretischen Grundlagenprobleme werden also trotz – und vielleicht auch wegen – Ibers Kommentar weiterhin erläuterungsbedürftig bleiben. Wer eine Einführung in den ersten Band des „Kapital“ sucht, ist daher mit Ibers Darstellung über weite Strecken gut, jedoch nicht immer ausreichend beraten. Bei aller berechtigten Kritik an Marx, die der Verfasser formuliert (z.B. an den geschichtsphilosophischen Positionen im 24. Kapitel [289]), präsentiert er in zumeist leicht nachvollziehbarer Weise das „Kapital“ als ein Werk, das es gestattet, die spezifisch versachlichte Form kapitalistischer Herrschaft zu begreifen und deren Rechtfertigungsstrategien argumentativ zu delegitimieren. Eine „marxistische“ Linke, die dagegen den Klassenkampf als Widerstand proklamiert, wird daran erinnert, „daß es an der Existenz des freien Lohnarbeiters und der leidigen praktischen Notwendigkeit des Kampfes gegen ihre beständige Existenzgefährdung durch das Kapital nichts zu feiern gibt“ (290). Weder die Rechtsansprüche der Arbeiterschaft (154) noch der vielgerühmte „gesellschaftliche Inhalt“ der industriellen Produktionsweise (163, 177) könnten den Marxschen Intentionen zufolge als Standpunkte zur radikalen Infragestellung des Kapitalismus erhalten.

Ingo Elbe